Organ für die Fortschritte des Eisenbahnwesens

Technisches Fachblatt des Vereines Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen

Schriftleitung: Dr.-Ing. G. Barkhausen, Hannover, unter Mitwirkung von Dr.-Ing. F. Rimrott

77. Jahrgang

1. Januar 1922

Heft 1

Welcher Lastenzug soll in Zukunft dem Baue neuer und zu verstärkender Brücken zu Grunde gelegt werden?

Dr.-Ing. Kommerell, Oberregierungsbaurat im Eisenbahnzentralamt Berlin. *)

Hierzu Auftragungen auf Texttafel A.

Der Eisenbahnbetrieb gestaltet sich um so wirtschaftlicher, je größer die Last ist, die mit einer Lokomotive befördert werden kann. Bezüglich der größten Länge der Züge dürfte die Entwicklung zu einem Abschlusse gekommen sein, dagegen ist bei der von den einzelnen Wagen zu befördernden Last in absehbarer Zeit bestimmt mit einer Erhöhung zu rechnen.

Während heute das größte Ladegewicht der offenen Wagen noch 20 t beträgt, sind in England und namentlich auch in Amerika schon seit langer Zeit Wagen von 50 t und mehr Tragfähigkeit im Betriebe. Es besteht die Absicht, auch bei uns Großgüterwagen von 50 t Ladegewicht einzuführen. Die Verwendung solcher Wagen ist in der Zukunft von großer wirtschaftlicher Bedeutung, und die Abwicklung des Massenverkehrs in Großgüterwagen wird von Sachverständigen gradezu als ein Allheilmittel zur Beseitigung des dauernden Wagenmangels betrachtet. Da aber die Lösung dieser Aufgabe in erster Linie von der ausreichenden Tragfähigkeit der Brücken abhängt, so sollen solche Wagen in diesem Zusammenhange kurz behandelt werden. Es handelt sich bei diesen Großgüterwagen ausschließlich um die Beförderung von Schüttgütern, wie Kohle, Koks, Erz, Steinschlag, Schlacken, Sand, Rüben, Kartoffeln in Selbstentladern und zwar zunächst nur in geschlossenen Zügen, zwischen bestimmten Orten der Erzeugung und des Verbrauches. Besonders wichtig werden diese Selbstentlader für die Eisenbahnverwaltung selbst werden, und zwar für die Beförderung von Bettung und für die Anlagen zum Bekohlen. Die Entladung eines ganzen Zuges aus solchen Selbstentladern ist in wenigen Minuten beendet. Dabei ist nur die Schwerkraft erforderlich. Demgegenüber ist die jetzige Entladung von Hand und selbst mit sinnreichen Einrichtungen, wie Greiferkränen, teuer. Die Greiferanlagen gelten nämlich deshalb für teuer im Betriebe, weil sie neben hohen Stromkosten auch noch ziemlich viel Mannschaft erfordern. Bei Anlagen, bei denen die Greifer unmittelbar aus den Wagen schöpfen, wird das Zusammenschaufeln des Inhaltes durch Arbeiter erforderlich; häufig sind die Greifer auch nur teilweise gefüllt. Bei Selbstentladung ganzer Wagen in die Bansen können die Greifer stets aus dem Vollen schöpfen, wobei Mannschaften am Greifer selbst nicht nötig sein werden. Wie hoch die Ersparnisse an Entladekosten bei solchen Selbstentladern sind, geht beispielweise daraus hervor, daß sich ein Werk, das 1913 35 Talbot-Wagen von 20 t Ladegewicht in regelmäßigem Pendelverkehre im Betriebe hatte, eine jährliche Ersparnis von 24 000 $\mathcal{M}$ errechnete, was unter den heutigen Verhältnissen über 300 000 $\mathcal{M}$ ausmachen würde. Der Vorteil der neuen Großgüterwagen mit Selbstentladung springt auch wegen ihrer später zu erörternden verhältnismäßig geringen Länge so in die Augen, daß die Verfrachter voraussichtlich in großem Umfange zu einer vollständigen Umstellung ihrer Ladevorrichtungen und einer Zusammenfassung ihrer notwendigen Förderungen schreiten werden. Die Eisenbahn wird zwar von einer Verkürzung der Züge ebenfalls Vorteile haben. Diesen Vorteilen stehen aber wieder große Ausgaben für die Beschaffung der neuen Wagen

und für Verstärkung der Brücken und des Oberbaues gegenüber. Auch wird man bei diesen Zügen mehr, als bei den freizügigen Wagen mit Leerläufen zu rechnen haben, obwohl solche Leerläufe teilweise durch Ersparnisse an den Ablaufbergen der Verschiebebahnhöfe aufgewogen werden. Bei der Schwere der wirtschaftlichen Lage wird aber die Eisenbahn zur Einführung von Großgüterwagen in größerem Umfange nur schreiten können, wenn die Verfrachter einen namhaften Teil ihrer Ersparnisse der Eisenbahn durch Sondertarife wieder zuführen. Die Hauptsache ist hierbei ein richtiges Zusammenarbeiten der Verfrachter und der Verwaltung. Es wäre falsch, die Wagen einfach zu beschaffen und der Entwicklung freien Lauf zu lassen, vielmehr ist besonders wichtig, daß von Anfang an die für diese Art der Förderung nötigen Voraussetzungen gründlich geprüft werden und der Verkehr selbst richtig gestaltet wird.

Die Großgüterwagen ergeben geringere Zuglängen, als die vorhandenen Wagen. Da nämlich bei Großgüterwagen nur Selbstentlader in Frage kommen, so kann man die Bordhöhe so hoch machen, daß eine fast vollständige Ausnutzung des Ladeumrisses der Höhe nach ermöglicht wird. Daher wird der Zug bei Beförderung derselben Nutzlast in Großgüterwagen nur etwa halb so lang, wie bei den jetzigen Wagen für 20 t. Die ersten Entwürfe für diese Großgüterwagen sind vor einiger Zeit dem Reichsverkehrsministerium vorgelegt worden. Sie sehen 12 m Wagenlänge vor. Um 1000 t Nutzlast in Großgüterwagen zu befördern, sind 20 Wagen von 240 m Länge erforderlich. Mit einer der schwersten Güterlokomotiven, etwa einer 1 E-Lokomotive mit 17 t Achsdruck und Packwagen, wird ein voll ausgelasteter Zug aus Großgüterwagen nur 270 m lang. Soll die ganze Länge der Gleise für Überholung ausgenutzt werden, so wird ein solcher Zug aus zwei 1 E-Lokomotiven, Packwagen und 40 Großgüterwagen bestehen. Das sind Züge, wie sie in absehbarer Zeit tatsächlich verkehren werden. Dabei ist vorgesehen, daß diese Züge mit besonderen Mittelkuppelungen ausgerüstet werden, da die jetzigen Kuppelungen für zwei 1 E-Lokomotiven zu schwach wären. Während nun aber das Gewicht der Züge aus Wagen für 20 t nur 3,6 t/m beträgt, steigt das mit Großgüterwagen für 50 t bei brauchbaren Malsen zu erzielende bis 6,67 t/m. Wollte man bei dem Höchstgewichte von 3,6 t/m bleiben, so käme man auf die unbrauchbare Länge der Wagen von 20 m. Die ruhende Last der Wagen für 50 t wird etwa nur 20 t betragen, die ganze Last eines Wagens also 70 t. Bei vier Achsen kommen also auf jede 17,5 t, eine Last, die die schweren Lokomotiven jetzt schon geben, somit könnten die Großgüterwagen einzeln mit Rücksicht auf den Oberbau jetzt schon freizügig verkehren. Der Verkehr geschlossener Züge aus Großgüterwagen hängt aber von der Tragfähigkeit der Brücken ab. Für jede Strecke muß daher besonders ermittelt werden, ob solche Züge verkehren können. Da diese Wagen vorläufig nur im Inlande benutzt werden sollen, bestehen grundsätzlich keine Bedenken, den zulässigen Raddruck der Wagen jetzt schon auf 9—10 t zu erhöhen. In Zukunft muß aber bei neuen Brücken nicht mehr mit 4 t/m, sondern mit mindestens 6,67 t/m gerechnet werden.

*) Vortrag anlässlich des 75. Stiftungsfestes des Vereines Deutscher Eisenbahnverwaltungen am 7. bis 9. September 1921.

Betreffs der Lokomotivlast ist oben gesagt, daß voraussichtlich bald Züge mit zwei 1 E-Lokomotiven verkehren werden, die im Hügellande 2.1400 = 2800 t Zuglast zu schleppen vermögen. Die Entwicklung wird ohne Zweifel dahin gehen, zwecks Ersparnis an Mannschaften und sonstigen Kosten statt der zwei Lokomotiven mit einer stärkeren zu fahren. Die Schleppleistung der Güterlokomotiven läßt sich zwar durch Vermehrung der Zahl der gekuppelten Achsen noch etwas erhöhen, doch steht dieser Maßnahme die Schwierigkeit entgegen, den Lokomotiven bei einfacher Bauart ausreichende Schmiegsamkeit zu sichern. Es ist dringend nötig, dem Drängen auf erhöhte Schleppleistungen der Güterlokomotiven und auf Erhöhung der Anziehungskraft der S-Lokomotiven durch Steigerung der zulässigen Achslast Rechnung zu tragen. Die neuen Lokomotiven, die der zukünftigen Bewältigung des Massenverkehrs in Großgüterwagen dienen sollen, werden nach dem Vorbilde anderer Verwaltungen Achsdrücke bis zu 25 t aufweisen.

Beim Baue so schwerer Lokomotiven wird man aber wahrscheinlich nicht mit den auf Anlage C der Bau- und Betriebsordnung mit ausgezogenen Linien gezeichneten Umgrenzungen der Fahrzeuge auskommen, vielmehr wird man bis an die in der Anlage C mit gestrichelten Linien gezeichnete Umgrenzung herangehen müssen, wie in Österreich. Die Berechnungen der Brücken wurden bislang bei den verschiedenen Vereinsverwaltungen entweder für zwei Lokomotiven mit Tender oder drei Tenderlokomotiven mit ein- oder beiderseitig angehängten Wagen durchgeführt. Unter Anlehnung an diese Vorschriften wird daher für die Berechnung neuer Brücken auf der deutschen Reichsbahn in kurzer Zeit der neue Lastenzug N (Abb. 1, Texttaf. A) aus drei Tenderlokomotiven mit je 7 Achsen zu 25 t und beiderseits angehängten Wagen von 6,67 t/m Achslast eingeführt werden. Daß dieser Lastenzug nicht ungewöhnlich ist, zeigt der amerikanische Lastenzug aus zwei 1 E 1-Lokomotiven mit Triebachsen von 27,2 t und Wagenlasten von 8,95 t/m*). Dieser Lastenzug lag der Verstärkung einer 1882 erbauten Brücke zu Grunde. Er ist etwa doppelt so schwer, wie der ursprüngliche, der etwa dem der Bau- und Betriebsordnung von 1903 entsprach.

Die Verhältnisse der bestehenden Brücken.

Das Bestreben, den verfügbaren Laderaum auszunutzen, hat nach dem Obigen zu ständigem Anwachsen der Gewichte der Wagen und der Lokomotiven geführt. Die Entwicklung seit 1895 verfolgt man am besten an den preußischen Vorschriften für eiserne Brücken.

1895 war die größte Achsbelastung der Lokomotiven 14 t.

1903 im Lastenzuge A der Bau- und Betriebsordnung 17 t.

1911 im Lastenzuge B 20 t.

20 t Achslast sind zwar bei uns noch nicht erreicht, doch ist der Lastenzug B von den Lokomotiven einzelner Vereinsverwaltungen bereits überholt, namentlich, weil der Tender des Lastenzuges B einen ziemlich großen Abstand von der Lokomotive und nur drei Achsen von 15 t hat, während die 1 E-Lokomotiven neuerdings mit vierachsigen Tendern von 16 t Achsdruck ausgerüstet sind, wobei noch der Abstand der ersten Tender- von der letzten Lokomotiv-Achse nur 3,0 m beträgt, gegen 4,5 m im Lastenzuge B. Etwa alle acht Jahre ist also ein schwererer Lastenzug eingeführt; kaum waren die Brücken für einen neuen Lastenzug verstärkt, so mußten schon wieder schwerere Lokomotiven heraus gebracht werden. Es ist nicht angängig, dieser Entwicklung freien Lauf zu lassen, vielmehr ist es nötig, zu einem Abschlusse zu gelangen, wie dies durch die bevorstehende Einführung des neuen Lastenzuges N mit 25 t Achsdruck geschehen soll. Die Verhältnisse treten noch deutlicher in den Schaulinien der Biegemomente für Brücken bis 60 m Stützweite hervor (Abb. 6, Texttaf. A); diese geben einen

*) Zentralblatt der Bauverwaltung 1920, S. 468.

Maßstab für die Beanspruchung der Brücken unter den Zügen. In Preußen sind die Brücken nach den Lastenzügen, für die sie berechnet sind, in sechs Klassen eingeteilt:

Klasse B genügt dem Lastenzuge B von 1911;

» A » » » » 1903;

» I » » » » 1895,

wenn dessen Achslasten um 20 % erhöht werden; diese ist nur um rund 6 % schwächer, als A.

Klasse II genügt dem Lastenzuge von 1895;

Klasse III genügt dem Lastenzuge von 1895, wobei die Beanspruchungen um 20 % höher sein dürfen, als bei neuen Brücken.

Klasse IV enthält alle Brücken, die schwächer sind als die in III.

Diese seitherige Einteilung hat den großen Nachteil, daß man sich, namentlich bei den älteren Brücken, kein richtiges Bild darüber machen kann, wie sie durch die tatsächlichen Lasten beansprucht werden, denn die Berechnungen stützen sich ja auf den Lastenzug von 1895 mit 14 t Achsdruck, der längst überholt ist. Durch Hinzutreten des neuen Lastenzuges N wird zudem die Zahl der Klassen auf sieben erhöht. Betrachtet man nun vollends die Verhältnisse in den einzelnen Ländern, so ist es angesichts der vielen verschiedenen Lokomotiven nicht möglich, sich einen Überblick über den tatsächlichen Zustand der Brücken zu verschaffen; der einheitliche Maßstab fehlt.

Trägt man nun zum Vergleiche die Biegemomente für die jetzt ungünstigsten Lokomotiven, also zwei 1 E-Lokomotiven mit 17 t Achsdruck und mit vierachsigen Tendern von 16 t Achslast auf, so bekommt man die Momentenlinie des Lastenzuges E, bei der aber für kleine Stützweiten mit fünfachsigen Tenderlokomotiven von 20 t Achsdruck, und bei großen Stützweiten mit Wagenlasten von 6,67 t/m gerechnet wurde. Der Lastenzug E entspricht den jetzt ungünstigsten Lokomotiven und nimmt zugleich Rücksicht auf die bevorstehende Einführung der Großgüterwagen und schwerer, dem Lastenzuge B angepaßter fünfachsiger Tenderlokomotiven von 20 t Achsdruck und sechsachsiger Tenderlokomotiven von 18 t Achsdruck, wie sie wohl bald gebaut werden dürften.

Scheidet man nun die schwersten der jetzt im Betriebe befindlichen Lokomotiven, namentlich die 1 E-Lokomotive mit 17 t Achsdruck aus, und trägt die Biegemomente der übrigen Lokomotiven, und zwar bei Belastung mit nur einer schweren oder zwei leichteren, mit 4 t/m Wagenlast auf, so bekommt man den mit G bezeichneten Lastenzug. Die gezeichnete Schaulinie der Biegemomente lehnt sich eng an die tatsächlichen Lasten an, sie entspricht der des Lastenzuges der Bau- und Betriebsordnung, wenn dessen Lasten um 3 % erhöht werden. Das Schaubild zeigt also, daß die Momentenlinien der Klassen II, III und IV weit unter den Momenten der tatsächlichen Belastungen liegen, daß also die Sicherheit der Brücken dieser Klassen viel zu wünschen übrig läßt, und daß es bedenklich wäre, die schweren Lokomotiven auf allen Strecken verkehren zu lassen. Berücksichtigt man ferner, daß jetzt meist nur die Brücken der Klasse IV verstärkt werden sollen, so erkennt man, wie nötig es ist, die Verstärkungen der Brücken den tatsächlichen Lasten anzupassen; erhebliche Mittel werden aufgewendet werden müssen, um einen befriedigenden Zustand herbeizuführen.

In Zukunft sollen nun die Brücken in folgende Klassen eingeteilt werden.

1. Klasse N, neu, für 25 t größten Achsdruck der Lokomotiven und 6,67 t/m Last der Wagen entspricht der Art der Lokomotiven und Wagen, mit denen der zukünftige Massenverkehr allein bewältigt werden kann.

2. Klasse E, für 20 t größten Achsdruck der Lokomotiven und 6,67 t/m Last der Wagen entspricht den ungünstigsten jetzt in Betrieb befindlichen oder in kurzer Zeit zu erwartenden Lastenzügen.

Texttafel A.

Abb. 1 bis 6. Biegemomente bei Brücken bis 60 m Stützweite.

Abb. 1.

Abb. 2.

Lastenzug N. 3 gekuppelte Tenderlokomotiven mit je 7 Achsen zu 25 t in 1,5 m Teilung (Abb. 1) und ein- oder beiderseitig angehängte Wagen mit 6,67 t/m Achslast (Abb. 2).

Lastenzug E. 2 Lokomotiven mit je 5 Achsen zu 20 t in 1,5 m Teilung (Abb. 3) und 2 1 E-Güterlokomotiven (Abb. 4) und ein- oder beiderseitig angehängte Güterwagen mit 6,67 t/m Achslast (Abb. 2).

Abb. 3.

Abb. 4.

Abb. 5.

Lastenzug G. Ein der Bau- und Betriebsordnung von 1903 nachgebildeter Lastenzug mit um 3% erhöhten Achslasten (Abb. 5).

Auf E-Strecken, deren Brücken dem Lastenzuge E Stand halten, bei 20 t größter Achslast können Züge mit Wagen von 6.67 t/m Achslast und 2 beliebig gekuppelten Lokomotiven der nachstehenden Gattungen verkehren:

Zusammenstellung II.

Preußen	Bayern rechts-rheinisch	Bayern links-rheinisch	Sachsen	Württemberg	Baden	Oldenburg	Mecklenburg
S ¹ -S ²			alle Lokomotiven				
P ¹ -P ²							
G ¹ -G ²							
T ¹ -T ²							

Zusammenstellung I.

Stützweite	Zusammenstellung der größten Biegemomente für ein Gleis in Gruppe	
	Mtm	Ein Gleis
1	625	530
2	1250	1070
3	2115	1635
4	3175	2325
5	4375	3150
6	5675	4050
7	7025	5070
8	8475	6240
9	10025	7500
10	11625	8850
12	15075	11700
14	18825	14700
16	22825	17850
18	27025	21150
20	31475	24600
22	36125	29250
24	40925	34125
26	45825	39225
28	50875	44550
30	56025	50100
32	61225	55875
34	66525	61875
36	71975	68100
38	77525	74550
40	83125	81225
42	88825	88125
44	94675	95250
46	100625	102600
48	106725	110175
50	112925	117975
52	119275	126000
54	125825	134250
56	132525	142725
58	139325	151425
60	146275	160350

Auf G-Strecken, deren Brücken dem Lastenzuge G mit 17.5 t größter Achslast Stand halten, können Züge mit Wagen von 4 t/m Achslast und folgende Lokomotiven verkehren:

Zusammenstellung III.

Lokomotiven von	Zusammenstellung der größten Biegemomente für ein Gleis in Gruppe
Preußen	G ¹ -G ² T ¹ -T ² 5*5*5*5*5*5*5*5*5*5
Bayern rechts-rheinisch	
Bayern links-rheinisch	
Sachsen	XIII E XIII 2C XX D
Württemberg	
Baden	
Oldenburg	
Mecklenburg	

Abb. 6. Schaulinien der Biegemomente.

In den Zügen können die einzelnen oder die gekuppelten Lokomotiven zugleich vorn, kalt in der Mitte und am Schlusse des Zuges laufen, wenn nur zwischen den einzelnen oder gekuppelten Lokomotiven mindestens 5 Wagen laufen.

3. Klasse G, für 17,5 t größten Achsdruck der Lokomotiven und 4,0 t/m Last der Wagen entspricht den heutigen Lastenzügen aus leichteren Lokomotiven, als die 1 E-Lokomotive mit 17 t Achsdruck und Wagen mit höchstens 20 t Tragfähigkeit.

4. Klasse U, ungenügend, umfaßt alle Brücken, die schwächer sind, als Klasse G.

Entsprechend den maßgebenden Lasten sind nun die Strecken in N-, E- und G-Strecken einzuteilen. Der Verfasser legt den größten Wert darauf, daß die neue Einteilung auf die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes gegründet ist. Für jede Lokomotivgattung, auch für neue, und für Schwerlastwagen muß nun zunächst nach Berechnung der größten Biegemomente die Frage geprüft werden:

Welche Lokomotiven und Schwerlastwagen können auf G- und E-Strecken verkehren?

Die Nachprüfung wurde bereits für die Zweigstelle Preußen-Hessen vorgenommen, das Ergebnis ist in die Zusammenstellungen II und III auf Texttafel A eingetragen. Dabei wurde zunächst festgestellt, ob von der zu untersuchenden Gattung zwei gekuppelte Lokomotiven mit beiderseits angehängten Wagen von 4 t/m auf G-Strecken verkehren können. Wurden die Momente zu groß, so erfolgte die Untersuchung nur für eine Lokomotive mit Wagen von 4 t/m. 4 t/m Last genügen für G-Strecken, da der Übergang geschlossener Züge mit Großgüterwagen von 6,67 t m Gewicht auf G-Strecken nicht in Frage kommt. Die Annahme von Wagen auf beiden Seiten der Lokomotiven ist einmal mit Rücksicht auf Träger auf mehreren Stützen, dann auch deshalb zweckmäßig, damit die Lokomotiven und Schwerlastwagen gleichzeitig an der Spitze, in der Mitte und am Schlusse des Zuges laufen können. An die Zusammensetzung der Züge braucht dann nur die Bedingung geknüpft zu werden, daß zwischen den Lokomotiven oder den gekuppelten Lokomotiven und den Schwerlastwagen mindestens fünf Güter- oder Reise-Wagen laufen. Lokomotiven, für die die G-Strecken zu schwach sind, können nur auf E- und N-Strecken verkehren. Sind die Momente aus später zu erbauenden Lokomotiven für E-Strecken zu groß, dann können diese Lokomotiven nur auf N-Strecken verkehren. Die Festsetzung der Momentenlinie für die G-Strecken erscheint vielleicht etwas willkürlich. Es mußte aber dabei berücksichtigt werden, daß die alten leichten Lokomotiven allmählig ausgemustert werden. Die Lage der Linie hat sich nach der Frage gerichtet, welche Lokomotiven unter allen Umständen auf G-Strecken verkehren müssen, um den Betrieb durchführen zu können. Im Einzelnen ergab sich beispielweise für Preußen-Hessen, daß auf den E-Strecken alle im Betriebe befindlichen Lokomotiven, und daß auf den G-Strecken zwei beliebig gekuppelte der unter den E-Strecken aufgeführten Lokomotiven verkehren können, mit Ausnahme von G 12, G 12¹ und T 22, daß aber nur je eine Lokomotive der Gattungen S' 10, S' 10¹, S' 10², P 10, G 8², G 8³ verkehren darf.

Da die Stofswirkung der Fahrzeuge in Zukunft bei eisernen Brücken in der Festsetzung der zulässigen Spannung berücksichtigt wird, so wurden die Lasten für kleine Stützweiten nicht, wie in den preussischen Lastenzügen von 1895 und 1903 A, erhöht. Das hat den Vorteil, daß in den Übersichten über die Befahrbarkeit der einzelnen Strecken in den größten Achslasten zugleich ein Maßstab für die Beurteilung der Tragfähigkeit des Oberbaues gegeben ist. Da man sich aus wirtschaftlichen Gründen bei bestehenden Brücken mit einer um etwa 10% geringern Sicherheit begnügen will, als bei neuen Brücken, so wird ein vollständiges Nachrechnen aller Brücken für die Lastenzüge E und G nicht nötig, vielmehr kann gesagt werden, daß die für den Lastenzug B berechneten Brücken auch für den Lastenzug E ausreichen, und daß die nach dem Lastenzug A der Bau- und Betriebsordnung von 1903 berechneten auch für die neue Klasse G genügen werden. Nur die Be-

anspruchung der Wechselstäbe und die Knicksicherheit der Druckstäbe bedürfen der Nachprüfung. Sind nun auf diese Weise die Lokomotiven aller Länder in die G- und E-Strecken eingereiht und die Zusammenstellungen II und III, Texttafel A, ergänzt, so ist ein Überblick für die Verwendbarkeit der einzelnen Lokomotiven gewonnen.

Das wichtigste für die Aufstellung eines Bauplanes für die Verstärkungen der Brücken ist nun die Anfertigung einer Übersicht über die Befahrbarkeit der einzelnen Strecken mit Rücksicht auf die Brücken und den Oberbau. In dieser Übersicht soll angegeben werden, ob die betreffende Strecke, je nach ihrer Bedeutung, eine N-, E-, oder G-Strecke sein soll. Die Strecken sind in der Übersicht der Dringlichkeit nach zu ordnen. Nun ist zu untersuchen, und für jede Strecke in senkrechten Spalten zu vermerken, in welche Klasse N, E, G oder U sie mit Rücksicht auf die Brücken und den Oberbau tatsächlich gehört. Auf diese Weise ergibt sich von selbst ein großzügiger Bauplan.

Unter den N-Strecken sind alle aufzuführen, bei denen in absehbarer Zeit mit der Beförderung geschlossener ganzer Züge aus Großgüterwagen für 50 t gerechnet werden muß. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es wohl genügen wird, wenn zunächst zwischen zwei Hauptstellen des Verkehrs immer nur eine solche Strecke vorhanden ist. Mit Rücksicht auf den elektrischen Aufbau von Gebirgsbahnen ist vielleicht nötig, auch diese in die N-Strecken einzureihen. Auf diesen Strecken sind alle Brücken nach dem Lastenzug N umzubauen.

Unter die E-Strecken müssen alle Haupt- und Neben-Bahnen eingereiht werden, die jetzt oder in absehbarer Zeit mit den schwersten Lokomotiven, fünf- und sechssachsigen Tenderlokomotiven und namentlich mit 1 E-G-Lokomotiven mit 17 t Achsdruck befahrbar sein müssen.

Strecken mit geringem Verkehre, namentlich Sackbahnen und solche, für die der Verkehr geschlossener Züge mit Großgüterwagen nicht in Betracht kommt, gehören im Allgemeinen in die Klasse G. Jedoch ist zu beachten, daß die leichten Lokomotiven allmählig ausgemustert werden, so daß im Laufe der Jahre auch schwere Lokomotiven auf die schwach betriebenen Strecken übergehen müssen.

Schwächere als G-Strecken soll das Eisenbahnnetz künftig im Allgemeinen nicht aufweisen. Auf den G- und E-Strecken müssen alle den Lastenzügen E oder G nicht genügenden Brücken je nach den wirtschaftlichen Vorteilen für den Lastenzug N neu gebaut oder verstärkt werden, und zwar letzteres auf den E-Strecken tunlich für den Lastenzug N, auf den G-Strecken tunlich für den Lastenzug E.

Alle neu zu erbauenden Brücken in E- oder G-Strecken sollen für den neuen Lastenzug N gebaut werden. Brücken, die verstärkt werden müßten, und die nicht zu beseitigende Mängel aufweisen, sollen durch neue N-Brücken ersetzt werden.

Die Durchführung des so aufgestellten Bauplanes wird zwar hohe Kosten verursachen, doch nicht so hoch, wie man vielleicht denken könnte. Im Vergleiche mit den Kosten der Fahrzeuge sind die für die Verstärkungen der Brücken gering und die Ersparnisse, die der Betrieb bei besserer Ausnutzung der Fahrzeuge erzielt, dürften meist die Verzinsung und Tilgung der Verstärkung der Brücken und des Oberbaues mit decken. Früher wurde vielfach der Fehler begangen, daß man sich beim Baue der Fahrzeuge nach den vorhandenen Brücken, dem Oberbaue und gar den Drehscheiben richtete. Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß sich diese Anlagen nach den Bedürfnissen des Betriebes richten müssen. So kann der baldigen Einstellung der zur Durchführung des Bauplanes erforderlichen Mittel in den außerordentlichen Staatshaushalt das Wort geredet werden. Die Kosten werden sich bezahlt machen und dienen zugleich zur Beschäftigung vieler Zweige des Großgewerbes und damit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Die Blocksperrern mit besonderer Berücksichtigung des Einheitstellwerkes.

K. Becker, Eisenbahn-Ingenieur in Darmstadt.

Hierzu Zeichnungen Abb. 1 bis 12, Tafel 1.

I. Einleitung.

Die Blocksperrern sollen die Bedienung der Stellwerke durch Herstellung von Abhängigkeiten zwischen den Signal- und Fahrstraßen-Hebeln einerseits und den Blockfeldern andererseits regeln. Sie werden in den Blockuntersatz eingebaut und bilden hier ein Bindeglied zwischen Blockwerk und Hebelwerk*). Sie werden mit Antriebstücken durch die Schubstange eines Signal- oder Fahrstraßen-Hebels gesteuert, wobei die Möglichkeit, das Blockfeld zu bedienen, von der Stellung der Sperrern abhängt.

Die Blocksperrern zerfallen nach Art, Zweck und Verwendung in:

1. Blocksperrern der Bahnhofblockung:
 - a) Sperrern für Fahrstraßenhebel,
 - b) » » die Festlegung der Fahrstraßen.
2. Blocksperrern der Streckenblockung:

<ol style="list-style-type: none"> a) Mechanische Tastensperre, b) Wiederholungssperre, c) Unterwegssperre, d) Rückgabesperre. 	$\left. \begin{array}{l} \\ \\ \\ \end{array} \right\}$ in gemeinsamer Anordnung Hebelssperre.
--	--

Der durch Einführung des Einheitstellwerkes erstrebte Zweck, die verschiedenen im Betriebe bewährten Bauarten der Bauanstalten zwecks Verbilligung der Herstellung und Beschaffung und Vereinfachung der Erhaltung zum Einheitstellwerke zusammen zu fassen, findet auch auf die Blocksperrern Anwendung. Daher sollen den nachstehenden Darlegungen die Bauweisen der beim Einheitstellwerke der Deutschen Reichsbahn verwendeten Blocksperrern zu Grunde gelegt werden.

II. Die Blocksperrern der Bahnhofblockung.

II. A) Sperre für Fahrstraßenhebel.

Diese Sperre wird nach ihrer Aufgabe in vier verschiedenen Ausführungen verwendet:

- a) zum Verschließen einzelner Fahrstraßenhebel in Grundstellung;
- b) ebenso in umgelegter Stellung;
- c) zum Verschließen einer Gruppe von Fahrstraßenhebeln in Grundstellung;
- d) zum Verschließen einer Gruppe sich gegenseitig verriegelnder Fahrstraßenhebel nach Umlegen eines Hebels.

Zur Sperrern eines Fahrstraßenhebels in der Grundstellung wird die Sperre für Signalfestlegefelder verwendet (Textabb. 1**), Abb. 1, Taf. 1). Das Signalfestlegefeld ist geblockt.

Abb. 1 bis 9.

Die Sperre wird durch die Verschlussscheibe v, den mit ihr auf einer Welle gelagerten Antrieb t, das Sperrstück k, den Sperrhebel s und die Feder f gebildet und in Wärterstellwerken in Verbindung mit dem Signalfestlegefeldern angeordnet. Das Sperrstück k hat einen Ausschnitt a zum Festhalten der Nase n des Sperrhebels s. Unmittelbar auf den Sperrhebel wirkt die mit der

vereinigten Verschlus- und Riegel-Stange r des Blockfeldes verbundene Stange u.

Die durch die Sperre mit dem Fahrstraßenhebel angeschlossene Schubstange g hält in der Grundstellung den zugehörigen Signalhebel verschlossen, läßt aber den Weichenhebel

noch frei. In dieser Stellung sitzt die Nase n des Sperrhebels s in dem Ausschnitte a des mit der Verschlussscheibe v verbundenen Sperrstückes k. Wenn das Festlegefeld des Signales durch Entlocken frei gegeben wird, so geht der Sperrhebel s unter Wirkung der Feder f in die Höhe und gibt das Sperrstück k und mit ihm den Fahrstraßenhebel h frei, der bei richtiger Stellung der Weichen jetzt umgestellt werden kann. Beim Umstellen nimmt die Schubstange g die Verschlussscheibe v nach links oder nach rechts mit, die Weichenhebel und die Hebel der feindlichen Fahrstraßen werden verschlossen, während der Signalhebel für die Fahrstraße noch frei bleibt.

Das Blocken des Fahrstraßenfeldes wird bei umgelegtem Fahrstraßenhebel dadurch verhindert, daß die Nase des Hebels s der Sperre beim Versuche, die Taste des Blockfeldes niederzudrücken, auf den vollen Rand des Sperrstückes k stößt. Erst nach dem Zurückstellen des Fahrstraßenhebels in seine Grundstellung wird auch die Grundstellung der Sperre wieder hergestellt. Die Taste des Fahrstraßenfeldes kann jetzt niedergedrückt und die Blockung ausgeführt werden, nach der der betreffende Fahrstraßenhebel wieder unter Verschluss der Befehlsstelle liegt.

Die Bauart des Verschlusses zur Sperrern eines umgelegten Fahrstraßenhebels mit dem Zeichen Textabb. 2: das zugehörige Abgabefeld für Zustimmung oder Freigabefeld des Signales ist entlockt, ist der Sperre der eben beschriebenen gleich, nur ist bei ihr das Sperrstück k in seiner ganzen Fläche voll ausgebildet (Abb. 2, Taf. 1), weil der Ausschnitt a hier nicht verwendet werden kann. Die Sperre wird unter dem Abgabefeld für Zustimmung im Stellwerke oder unter dem Freigabefeld des Signales im Befehlsstellwerke verwendet, wenn das Freigeben eines Fahrsignales vom vorherigen Festlegen von Weichen und Gleissperrern in anderen Stellbezirken abhängt.

Zum Verschließen einer Gruppe von Fahrstraßenhebeln (Abb. 3, Taf. 1) in Grundstellung mit einem gemeinsamen Blockfeld erhält die Verschlussscheibe v ein pendelartig wirkendes Verschlusstück v, und eine gefederte Zange. Die Zange z hält die Verschlussscheibe in der Grundstellung fest und regelt das Einstellen der Verschlusskörper der Schubstange der Fahrstraße so, daß das Bedienen des Blockfeldes nur in dieser Stellung möglich ist, wobei die Fahrstraßenhebel der einzelnen Gruppen sich gegenseitig ausschließen.

Zum Verschließen von sich gegenseitig ausschließenden Gruppen von Fahrstraßenhebeln nach Umlegen eines Hebels wird die Sperre in der eben beschriebenen Weise ausgebildet, jedoch ohne den Ausschnitt a.

II. B) Sperre zum Festlegen von Fahrstraßen.

Die Sperre mit den Zeichen Textabb. 3 zum Festlegen von Fahrstraßen wird unter den Festlegefeldern für Fahrstraßen eingebaut. Während der Entwicklung des Sicherungswesens waren die von einem Zuge zu durchfahrenden Weichen von der Stellung des Signalhebels abhängig. Das hatte aber den Nachteil, daß die Weichen bei vorzeitigem Zurückstellen des Signalhebels vorzeitig frei wurden und unter dem Zuge umgestellt werden konnten. Deshalb ist der die Fahrstraße festlegende Hebel zwischen Weichen und Signal eingeschaltet, der gegen vorzeitiges Umstellen durch eine Sperre gesichert wird. Diese verschließt beim Bedienen des Festlegefeldes der Fahrstraße als Gleichstrom- oder Wechselstrom-Feld den umgestellten Fahrstraßenhebel und gibt den Signalhebel frei.

Abb. 4, Taf. 1 zeigt diese mit der Riegelstange des Festlegefeldes verbundene Sperre zum Festlegen der Fahrstraße, bei der zu jedem Blockfeld mindestens eine Signalschubstange gehört. Sie besteht aus dem Sperrhebel s, der Sperrklinke s₁,

*) K. Becker, „Die Eisenbahn-Sicherungsanlagen“ S. 79. Berlin W 9, C. W. Kreidel's Verlag; Organ 1921, S. 208.

**) Zeichen für die Darstellung der Sperre in den Tafeln für Verschluss und Bedienung.

der mit der Riegelstange des Blockfeldes unmittelbar verbundenen Übertragungstange u , dem Sperrstück k_1 auf einer Hohlwelle, dem Sperrstück k_2 auf einer Vollwelle der Verschluss Scheibe v mit dem pendelartig wirkenden Verschlussstück v_1 für die Fahrstraße, das bei Grundstellung durch die Federzange z senkrecht gehalten wird. In dieser Stellung wird die Bewegung der Übertragungstange u nach unten bei a verhindert. Der Fahrstraßenhebel ist frei, der Signalhebel verschlossen.

Beim Umstellen des Fahrstraßenhebels werden dessen Bewegungen durch die Schubstange der Fahrstraße auf das Sperrstück k_2 übertragen, das sich je nach der Stellbewegung des Hebels nach links oder nach rechts bewegt, wodurch der Sperrhebel s für die Bewegung der Stange u nach unten frei wird. Der Signalhebel bleibt noch durch den Kopf der Sperrklinke s_1 verriegelt, die sich während des Umstellens bei b vor den Ansatz des Sperrstückes gesetzt hat. Der Fahrstraßenhebel kann also bei Widerruf der Freigabe zunächst noch zurückgestellt werden: erst beim Blocken des Festlegefeldes der Fahrstraße wird der Sperrhebel bei c durch die Übertragungstange u in einen inzwischen nach links bewegten Ausschnitt des Sperrstückes k_1 gedrückt, und verriegelt den Fahrstraßenhebel gegen Umstellen. Während dieses Vorganges wird auch die Sperrklinke s_1 abwärts bewegt, wodurch das Sperrstück k_2 und mit ihm der Signalhebel frei wird.

Beim Stellen des Signalhebels auf »Fahrt« dreht sich das Sperrstück k_2 nach links, sein Ansatz c stellt sich gegen die Sperrklinke s_1 und verhindert das Umstellen des Fahrstraßenhebels, solange das Signal »Fahrt« zeigt. Erst wenn das Festlegefeld der Fahrstraße wieder entblockt ist, seine Farbscheibe sich also von rot in weiß verwandelt hat, was nach Durchfahrt beim Wechselstromfelde durch die Befehlstelle, beim Gleichstromfelde durch den Zug bewirkt wird, und auch der Signalhebel auf »Halt« zurückgestellt ist, tritt die Grundstellung der Sperre wieder ein. Diese Sperre kann auch mit einer zweiten oder dritten gekuppelt sein, wenn zu mehreren Blockfeldern eine gemeinsame Signalschubstange gehört.

III. Die Blocksperrn der Streckenblockung.

III. A) Die mechanische Tastensperre.

Um zu verhindern, daß ein Folgezug in einen durch Signale begrenzten Streckenabschnitt auf das Signal für den Vorzug abgelassen wird, bevor die Blockung für diese Fahrt erneut durchgeführt ist, wird die mechanische Tastensperre verwendet. Sie verhindert das Blocken des Anfangfeldes der Strecke, bis der zugehörige Signalhebel auf »Fahrt« und wieder auf »Halt« zurückgestellt ist.

Nach Bauweise und Zweck unterscheidet man die spät und früh auslösende mechanische Tastensperre; die früh auslösende gestattet das Blocken schon, wenn der zugehörige Signalhebel nur teilweise umgelegt und wieder ganz zurückgelegt ist. Sie bildet einen Teil der außer ihr aus dem Signalverschlusse und der Wiederholungssperre bestehenden Anfangssperre unter dem Anfangsfelde.

Die mechanische Tastensperre ist eine spät auslösende, wenn sie das Blocken erst gestattet, nachdem der zugehörige Signalhebel vollständig um- und wieder zurückgelegt ist. Sie gehört zu der bei Wärterstellwerken außer ihr aus dem Signalverschlusse, bei Befehlstellwerken aus ihr allein bestehenden Endsperrre unter dem Endfelde oder dem Verschlussfelde des Signales.

A) 1. Die spät auslösende mechanische Tastensperre mit Signalverschlusse.

Die Sperre (Abb. 5, Taf. 1) hat das Zeichen Textabb. 4 und wird in Blockstellen unter den Anfangfeldern, in Blockendstellen unter den Verschlussfeldern der Signale verwendet. Sie hat hier außer der Erfüllung der oben angeführten die

Aufgabe, den Signalhebel nach erfolgter Blockung so lange festzuhalten, bis das Blockfeld von der vorliegenden Stelle aus wieder entblockt ist. Ihre freigegebende Wirkung darf erst im letzten Drittel des Stellweges des Hebels eintreten.

Ihre wesentlichsten Teile sind die Verschlussstücke s_1 und s_2 , die als Antrieb wirkende Verschluss Scheibe v auf einer Welle, der Stützhebel h , der Angriffshebel h_1 und die Federn f, f_1 . Um die Spätauslösung zu erreichen, ist die Nase n auf dem Kranze der Verschluss Scheibe v so weit zurückgesetzt, daß der Sperrhebel erst am Schlusse des Umstellens des Signalhebels aus seiner Ruhelage angehoben wird. Damit der Signalverschlusse erst bei geblocktem Felde nach erfolgter »Fahrt«- und »Halt«-Stellung des Signales eintritt, ist das Verschlussstück s_2 ohne hakenförmigen Ansatz ausgebildet. In der Grundstellung (Abb. 5, Taf. 1) ist der Signalhebel umstellbar, das Blockfeld entblockt, aber nicht bedienbar, weil der Stützhebel h bei a auf dem Ansatzstücke der Verschluss Scheibe v sitzt, und das Niederdrücken der unmittelbar auf die Übertragungstange u wirkenden Druckstange des Blockfeldes verhindert. Wird der Signalhebel auf »Fahrt« gestellt (Abb. 6, Taf. 1), so nimmt die Nase n der Verschluss Scheibe v den Stützhebel h mit, wobei auch die mechanische Tastensperre während des letzten Drittels des Stellweges ausgelöst wird. Ein Blocken ist aber immer noch nicht möglich, weil das Verschlussstück s_2 inzwischen bei c wirksam geworden ist. Erst nach Zurückstellen des Signalhebels auf »Halt« wird das Blockfeld bedienbar und das Blocken möglich, wodurch der Signalhebel wieder in der Grundstellung festgelegt wird. Er bleibt in dieser Stellung so lange gesperrt, bis die Entblockung des Feldes eintritt, womit auch die Grundstellung (Abb. 5, Taf. 1) wieder hergestellt ist.

A) 2. Die spät auslösende mechanische Tastensperre ohne Signalverschlusse.

Textabb. 5 bezeichnet die spät auslösende mechanische Tastensperre ohne Signalverschlusse, sie wird unter dem Streckenendfelde der Blockendstellen, wenn diese zugleich Befehlstellwerk sind, und unter dem Endfelde der Abzweigungen in der Streckenblockung verwendet. In letzterem Falle befindet sich die Sperre unter dem Endfelde für Fahrten aus der anschließenden nach der Gemeinschaftstrecke, wenn nur die durchgehende Strecke Streckenblockung hat, unter dem Endfelde für »Fahrten« aus der Gemeinschaftstrecke in die abzweigende. Die Art ihrer Wirkung ist dieselbe, wie unter III. A) 1., sie macht jedoch das Bedienen des Signalhebels nicht von dem jeweiligen Zustande des zugehörigen Blockfeldes abhängig, sondern gestattet wegen Fehlens des Signalverschlusses beliebiges Umstellen des Signalhebels. Der Signalverschlusse kann in den für die Verwendung der Sperre in Betracht kommenden Fällen entbehrt werden, weil hier das Einfahrtsignal unter unmittelbarer Aufsicht des für seine Freigabe zuständigen und verantwortlichen Fahrdienstleiters steht. Das Blocken des zugehörigen Feldes ist jedoch erst möglich, nachdem das Signal mindestens einmal ganz auf »Fahrt« gestanden hat und wieder auf »Halt« zurückgestellt ist.

Die Anordnung (Abb. 7, Taf. 1) unterscheidet sich von der unter III. A) 1. beschriebenen durch anderweite Gestaltung des Verschlussstückes s_2 , die das Umlegen der Verschluss Scheibe und damit des Signalhebels auch bei geblocktem Felde gestattet. Vorzeitiger Bedienung des Blockes wird jedoch durch die Zusatzklinke i vorgebeugt, die statt des Verschlussstückes s_2 in sperrendem Zustande auf den Kranz k der Verschluss Scheibe v stößt und das Niederdrücken der Blocktaste verhindert. Wenn der Signalhebel nach Eintreffen der Verblockung (Abb. 8, Taf. 1) umgestellt wird, so wird die mechanische Tastensperre am Schlusse des Stellweges des Hebels durch die Nase n ausgelöst. Die Farbscheibe des Endfeldes zeigt noch rot. Bevor dieses Feld wieder durch Blocken in weiß verwandelt und damit die Rückstrecke freigegeben werden kann, muß auch die

über ihm angebrachte elektrische Tastensperre zur weiteren Sicherung der Zugfahrten durch den einfahrenden Zug bei »Fahrt« zeigendem Signale ausgelöst sein. Jetzt erst kann das Endfeld des Blockes bedient werden, seine Scheibe zeigt weiße Farbe und die Grundstellung der Sperre ist wieder hergestellt.

A) 3. Früh auslösende mechanische Tastensperre ohne Signalverschlufs.

Die früh auslösende mechanische Tastensperre ohne Signalverschlufs mit dem Zeichen Textabb. 6 wird auf Blockstellen mit Abzweigung und in Endstellwerken verwendet, bei denen Gütergleise in einem Bahnhofs abzweigen, während die Streckenblockung der durchgehenden Hauptgleise durchgeführt ist. Sie wird dann unter dem Endfelde der abzweigenden Strecken, soweit für diese Streckenblockung besteht, und den Endfeldern der durchgehenden Strecke angeordnet. Zwecks Frühauslösung muß ihre sperrende Wirkung im ersten Drittel des Stellweges des Hebels aufgehoben werden, was durch Verlängerung der Nase n bis an das linke Ende des Kranzes k erreicht wird. Sonst entspricht die Sperre der Darstellung in Abb. 7 und 8, Taf. 1.

III. B) Wiederholungssperre und früh auslösende mechanische Tastensperre mit Signalverschlufs.

Damit der Wärter das für eine Zugfahrt frei gegebene Ausfahrtsignal nicht wiederholt auf »Fahrt« stellen, also mehrere Züge in denselben Abschnitt der Strecke einlassen kann, ohne die Blockung vorher für jeden einzelnen Zug durchgeführt zu haben, ist mit dem Hebel für das Ausfahrtsignal die im Blockunter-

Abb. 1 bis 9.

sätze eingebaute, nach Textabb. 7 bezeichnete Wiederholungssperre verbunden. Sie wird mit der früh auslösenden mechanischen Tastensperre mit Signalverschlufs und mit der meist am Signalhebel angebrachten Unterwegssperre unter der Bezeichnung Hebelssperre (Textabb. 8) unter dem Anfangfelde der Blockendstellen und bei Blockstellen mit Abzweigung unter dem Anfangfelde für die Gemeinschaftstrecke verwendet.

Die Wiederholungssperre verriegelt den von »Fahrt« auf »Halt« zurückgestellten Signalhebel und auch die Hebel aller übrigen auf dasselbe Streckengleis weisenden Ausfahrtsignale so lange in der Grundstellung, bis der aus dem Bahnhofs gefahrene Zug am nächsten Blocke vorbei ist, und das vorher geblockte Anfangfeld entblockt wieder weiß zeigt. Die stets in Verbindung mit der Wiederholungssperre angeordnete Unterwegssperre verhindert wiederholtes Stellen des Signales auf »Fahrt« während des Umstellens des Signalhebels. Zugleich bewirkt die mechanische Tastensperre in der bereits beschriebenen Weise, daß das Anfangfeld erst geblockt werden kann, wenn das Signal auf »Fahrt« gestellt und wieder auf »Halt« zurückgestellt ist.

Die Wiederholungssperre verriegelt den von »Fahrt« auf »Halt« zurückgestellten Signalhebel und auch die Hebel aller übrigen auf dasselbe Streckengleis weisenden Ausfahrtsignale so lange in der Grundstellung, bis der aus dem Bahnhofs gefahrene Zug am nächsten Blocke vorbei ist, und das vorher geblockte Anfangfeld entblockt wieder weiß zeigt. Die stets in Verbindung mit der Wiederholungssperre angeordnete Unterwegssperre verhindert wiederholtes Stellen des Signales auf »Fahrt« während des Umstellens des Signalhebels. Zugleich bewirkt die mechanische Tastensperre in der bereits beschriebenen Weise, daß das Anfangfeld erst geblockt werden kann, wenn das Signal auf »Fahrt« gestellt und wieder auf »Halt« zurückgestellt ist.

Abb. 9, Taf. 1 zeigt die Einrichtung der Wiederholungssperre mit der früh auslösenden mechanischen Tastensperre mit Signalverschlufs in der Grundstellung. Der Signalhebel ist umlegbar, aber das geblockte Anfangfeld kann nicht bedient werden, weil der Stützhebel h mit seiner Nase bei a auf den Ansatz der Verschlussscheibe v stößt, und das Niederdrücken der Blocktaste hindert. Wird der Signalhebel um etwa 30° umgelegt, daß der Signalfügel merklich aus der Ruhelage kommt, so nimmt die Nase n des Verschlufskranzes k den Stützhebel h mit, so daß ein Nocken o des Verschlusstückes s₁ den Bereich des Verschlufshakens am Stützhebel verläßt. Die mechanische Tastensperre ist nun bei m ausgelöst, und die Wiederholungssperre sperrbereit geworden. Das Blocken des Anfangfeldes

wird aber immer noch verhindert, weil sich das Verschlusstück s₂ beim Umstellen des Signalhebels mit seiner Fläche l auf den Kranz der Verschlussscheibe v gesetzt hat. Wenn jetzt der Signalhebel nach Beginn der Stellung auf »Fahrt« auch nur teilweise zurückgelegt wird, so gleitet der Einschnitt m des Verschlusstückes s₁ vor den Ansatz der Verschlussscheibe und verhindert dadurch erneutes Stellen des Signales auf »Fahrt«. Die Wiederholungssperre ist bei w eingetreten (Abb. 10, Taf. 1). Bei vollständigem Umstellen und Zurückstellen des Signales ist der Vorgang derselbe.

Das Blockfeld ist jetzt bedienbar. Während des Blockens bleibt der Signalhebel in seiner Grundstellung, die durch den Stützhebel h vorbereitet wird, vorerst noch bei w verschlossen. Durch Entblocken des Blockfeldes wird die Grundstellung (Abb. 9, Taf. 1) wieder herbeigeführt.

III. C) Die Unterwegssperre.

Die die Wiederholungssperre ergänzende Unterwegssperre soll verhindern, daß die Richtung der Bewegung eines Signales während der »Fahrt«- und »Halt«-Stellung beliebig geändert werden kann, erzwingt also die vollständige Durchführung einer einmal begonnenen Hebelumstellung, damit das Signal nach begonnenem Zurücklegen des Hebels nicht erneut auf »Fahrt« gestellt werden kann, bevor die Blockung ganz durchgeführt ist. Ihre sperrende Wirkung beginnt beim Umlegen des Hebels im ersten Drittel des Stellweges und endet mit dessen Zurückstellen in die Grundstellung beim Loslassen der Handfalle, und wird dann durch die inzwischen eingetretene Wiederholungssperre ersetzt, die nun wirksam bleibt, bis ein nur elektrisch lösbarer Verschlufs sie beim Blocken des Anfangfeldes ersetzt hat.

Die Unterwegssperre wird auf Blockendstellen angeordnet. Sie ist mit den Hebeln der Ausfahrtsignale verbunden, und neben diesen in ein durch Schloß und Bleisiegel gegen unbefugte Eingriffe gesichertes eisernes Gehäuse eingebaut. Außerdem kommt sie auf Blockstellen mit Abzweigung zur Anwendung, wenn ein Hauptgleis ohne Streckenblockung in die durchgehende Strecke mündet. In diesem Falle wird die Sperre mit den Signalhebeln für die Einfahrt aus den Gleisen ohne Streckenblockung in die Gemeinschaftstrecke verbunden.

Abb. 11, Taf. 1 zeigt die Anordnung der Unterwegssperre. Sie besteht aus einer Schwinge g am Hebelgestelle, die bei d drehbar ist und am oberen Ende einen Sperrkegel k trägt. Dieser wird in der Ruhelage durch die Feder f senkrecht gehalten: die Feder f₁ hält die Schwinge g in der durch einen Anschlag bestimmten Lage. Die Seilscheibe s des Stellhebels h für das Signal trägt gezahnte Einschnitte für den Sperrkegel k, der beim Umstellen des Signalhebels durch die Zähne des Scheibenrandes nach links mitgenommen wird, während die Schwinge g in ihrer ursprünglichen Lage bleibt. Wenn der Signalhebel zurückgestellt wird, bevor die »Fahrt«-Stellung des Signales erreicht ist, so wird der Sperrkegel k und mit ihm die Schwinge g vom nächsten ihn bei der Rückbewegung fassenden Zahne der Seilscheibe nach rechts zurück gedrückt. Bei einem Versuche, den Signalhebel nochmals auf »Fahrt« zu stellen, wird die Schwinge g durch die Feder f₁ gegen das Anschlagstück in ihre Ruhelage gedrückt, während der Sperrkegel k sich gegen die Verzahnung der Seilscheibe stützt, und erneutes Stellen des Signales auf »Fahrt« verhindert, so lange die Grundbedingungen dafür nicht erfüllt sind.

III. D) Die Rückgabesperre.

Die Rückgabesperre des Zeichens Textabb. 9 soll bei Streckenblockung auf eingleisigen Bahnen verhindern, daß nach ihrer Bedienung eine erhaltene Blockerlaubnis zurück und die Blockung für eine Gegenfahrt gegeben wird. In der Grundstellung gestattet sie jedoch bei Widerruf die Rückgabe der von der Nachbarstelle durch Entlocken des Erlaubnis-Empfang-

feldes erteilten »Fahrt«-Erlaubnis, so lange das Ausfahrtsignal nicht auf »Fahrt« gestellt ist.

Abb. 12, Taf. 1 zeigt die Sperre in Grundstellung. Der in den Blockkasten eingebaute obere Teil gleicht einem Blockfelde für Wechselstrom ohne Drucktaste mit etwas veränderten Antriebe und verschiebbarem Rechen*). Das Sperrstück e im Blockuntersatz ist einerseits mit der Signalschubstange, andererseits mit dem Sperrhebel w verbunden. An den Sperrhebel schließt sich die Stange s_1 an, deren nach oben verlängerter Teil s_2 verzahnt ist. Diese und die gegenüber liegende Stange n werden durch die auf der Grundplatte des Blockkastens befestigte Hülse h geführt. Das Stirnrädchen t greift in die Verzahnung der beiden Stangen und verwandelt beim Umstellen den vom Röllchen d ausgehenden Druck in eine Zugbewegung der Druckstange s_1 . Die zur Führung des Rechens r dienende Lagerschiene g ist mit ihrem obern Ende an der Achsschraube a beweglich aufgehängt, unten lagert sie in dem Schlitz z des Stückes u, wo sie durch einen mit ihr vernieteten Stahlstift i geführt wird.

Wenn der Signalhebel beim Stellen des Signales auf »Fahrt« umgelegt wird, so nimmt die Signalschubstange das Sperrstück e in der Pfeilrichtung mit und drückt den um die Achse c drehbaren Hebel w nach oben, wobei das Druckröllchen d auf den Hubkränzen k zu liegen kommt. Dieser Hub wird auch durch die an das Führstück u angeschlossene Zahnstange s_3 auf die Druckstange s_4 übertragen. Dadurch wird die die Stangen s_1 bis s_4 und den Sperrhebel w in die Grundstellung bringende Feder f gespannt. Zugleich drückt die Stange s_4 die Verschlussstange v nach unten, wobei der durch die Stange s_3 gesteuerte Stromschließer o, p unterbrochen wird; außerdem drückt die Stange s_4 das Führstück u abwärts. Hierbei wird auch die mit ihrem Stifte i in dem Schlitz z gleitende Lagerschiene g etwas nach links verschoben. Dabei wird der Rechen r mitgenommen, so daß er nicht mehr mit der Hemmung m in Eingriff steht und durch sein Eigengewicht nach unten sinkt. Damit ist das »Feld« auf mechanischem Wege geblockt. Unabhängig hiervon wird die vereinigte Verschluss- und Riegelstange v, v_1 noch beim Wechsel des Verschlusses mit dem Verschlusshalter q gesperrt für den Fall, daß der Rechen beim

*) Bei älteren Blockanlagen ist statt der Rückgabesperre ein Rückgabeunterbrecher vorhanden. Er hat im Gegensatze zur Rückgabesperre eine Blocktaste und wird bedient, wie ein Wechselstromfeld.

spätern elektrischen Blocken nicht fallen, daher die Sperrklinke l nicht in die Stellung gelangen sollte, die sie beim geblockten Felde sonst einnimmt.

Wenn der Signalhebel auf »Halt« zurückgestellt wird, so verliert das Druckröllchen d seine Führung auf dem Hubkränzen k. Die gespannte Feder f zieht also die Druckstange s_4 in die Grundstellung zurück, wobei auch die Schiene g und mit ihr der Rechen r in ihre Ruhelage zurückkehren, in der der Rechen durch die Hemmung m wieder abgestützt wird.

Beim gemeinsamen Blocken des Anfang- und des Erlaubnis-Empfang-Feldes wird dem Elektromagneten der Rückgabesperre Wechselstrom zugeführt. Hierbei arbeitet der Zahn um Zahn aufsteigende Rechen in der üblichen Weise: der Verschlusshalter q und mit ihm die Verschluss- und Riegelstange v, v_1 werden gelöst und schnellen in ihre Ruhelage zurück, wobei auch der bisher geöffnete Stromschließer bei o, p erneut geschlossen, und somit die Grundstellung der Sperre wieder hergestellt wird.

IV. Äußere Kennzeichnung der Blocksperrn.

Eine Übersicht der Blocksperrn und ihrer Wirkung wird durch den nach den Vorschriften für den Stellwerkdienst geforderten gleichen Anstrich der im Blockuntersatz zusammenarbeitenden Teile erreicht. Hiernach erhalten die Sperrteile, die die Sperre von Fahrstraßen-

hebeln	} bewirken, braunen blauen grünen roten	} Anstrich.
die Sperre der Festlegung von Fahrstraßen		
die mechanische Tastensperre den Signalverschluss		
die Wiederholungssperre		
die Teile, die die halbe Hebelsperre bilden, und die Teile, durch die sich die mechanische Tastensperre ohne Signalverschluss von der mechanischen Tastensperre mit Signalverschluss unterscheidet		

Nur die Ansichtflächen der Sperrteile erhalten farbigen, die andern Seiten, soweit sie nicht blank sind, schwarzen, die Innenflächen des Sperrkastens weißen Anstrich.

Die Achsen, Bolzen, Unterlegscheiben, Splinte und Federn bleiben blank.

Anlage zur Verwertung des Abdampfes in der Schmiede der Hauptwerkstätte Stargard in Pommern.

Gaedicke, Regierungs- und Baurat, Stralsund.

Hierzu Zeichnungen Abb. 1, Tafel 2 und Abb. 1, Tafel 3.

Die Schmiede der Hauptwerkstätte Stargard in Pommern ist mit vier Dampfhämmern von 150, 400, 500 und 1000 kg und einer Dampf-Wasser-Schmiedepresse für 400 t Druck ausgerüstet, die zusammen durchschnittlich 1200 kg/st Dampf verbrauchen.

Die im Abdampfe enthaltene Wärme wird zur Bereitung warmen Waschwassers für die Arbeiter der Hauptwerkstätte, zum Anwärmen der Lauge in der Abkocherei für Lokomotiv- und Wagen-Teile, im Winter auch zur Heizung von Werkstättenräumen benutzt. Versuche hatten ergeben, daß die Dampfhämmer nur einwandfrei arbeiten, wenn die Spannung des Abdampfes über nicht 0,6 at gesteigert wird. Um höhere Spannung auch bei gleichzeitigem Arbeiten mehrerer Dampfhämmer mit Sicherheit zu vermeiden, wird der Abdampf der Schmiede in einer 300 mm weiten Leitung gesammelt und der Anlage zu seiner Verwertung in der Abkocherei zugeleitet (Abb. 1, Taf. 3), die in Abb. 1, Taf. 2 dargestellt ist.

Der Abdampf gelangt zu einem Druckregler D. R., der ihn ungehindert den Verwertungstellen zuführt, und die Abdampfleitung der Schmiede mit einem Auspuffrohr verbindet, wenn der Druck durch Abschalten der Verwertungstellen über 0,6 at

steigt. Er kann Frischdampf auf 0,5 at entspannen und den Verbrauchern zuleiten, wenn die Schmiede keinen Abdampf liefert.

Hinter dem Druckregler führen absperzbare Zweige zu den einzelnen Verbrauchern, einem großen Bottiche C zum Abkochen größerer Lokomotiv- und Wagen-Teile und Drehgestelle in Lauge, zwei kleinen a und b zur Reinigung kleinerer Teile und den Behältern o und p für warmes Wasser. In jedem Bottiche sind Heizschlangen angeordnet, die die Lauge durch den Abdampf auf Siedehitze bringen. Die Heizschlange des großen Bottiches hat 10 qm, die jedes kleinen Bottiches 1,8 qm Heizfläche. Jeder der Bereiter o und p für Wasser faßt 3,25 cbm und ist mit einer Schlange von 3,5 qm Heizfläche ausgerüstet. Sie haben ferner eine Heizschlange von je 2,3 qm, die an einen Dampfparer angeschlossen werden kann, der die Abwärme eines Schweißofens ausnutzt.

Von dem Bereiter für warmes Wasser führen Leitungen zu den Waschanlagen der Arbeiter in der Lokomotivwerkstätte, der Schmiede und dem Geräteschuppen.

Die Leitungen sind doppelt mit einer weitem Verlauf-, einer

engern Rück-Leitung. Beide sind unmittelbar vor den Entnahmestellen verbunden.

Von zwei Pumpen kann das in den Behältern bereitete warme Wasser durch die Leitungen derart befördert werden, daß zu Beginn der Waschzeit in den Leitungen und an den Zapfstellen warmes Wasser zur Verfügung steht. Jede Pumpe reicht allein für den Betrieb der Anlagen aus, kann 4,5 cbm in der Stunde bewegen und leistet 1 PS.

Vor Entnahme von Wasser werden die Pumpen stillgesetzt und der Zufluß für kaltes Wasser zu den Behältern geöffnet, dessen Druck dann an den Zapfhähnen der Waschbecken warmes

Wasser austreten läßt. Der Niederschlag in den Leitungen fließt einem Reiniger zu, der ihn von Öl befreit. Durch elektrisch angetriebene Pumpen wird der Niederschlag dem Kesselhause zugeführt.

Die Anlage erzeugt warmes Waschwasser für 1500 Arbeiter nur mit Abdampf.

Da die Menge des Abdampfes der Schmiede den Verbrauch der Abkocherei und des Bereiters für warmes Wasser übersteigt, sind an die Abdampfleitung der Schmiede noch die in Abb. 1, Taf. 2 dargestellten Rippenheizrohre für Heizung der Räderwerkstätte angeschlossen.

Ausbüchsen von Stehbolzenlöchern.

Das Verfahren des Aufdornens nach Zwilling*) besteht im Wesentlichen darin, daß eine walzenförmige Bohrung des Gewindekopfes des Stehbolzens nach dem Einsetzen des Bolzens in die Kesselwand durch mehrere walzenförmige Dorne mit wachsenden Durchmessern nach einander aufgetrieben wird, so daß das Bolzengewinde scharf in das Muttergewinde gepreßt und zuverlässige Abdichtung erzielt wird*).

Dieses Verfahren ist neuerdings mit Erfolg zum Abdichten von Gewindebüchsen besonders ausgebildet.

Nach dem Ausbauen beschädigter gewöhnlicher Stehbolzen müssen die Gewindelöcher im Kesselbleche nachgeschnitten werden, wobei sie mit Wiederholungen des Auswechslens immer größer werdenden Durchmesser annehmen. Da man jedoch die Gewinde der Stehbolzen nie stärker macht, als etwa 32 mm, so müssen die Muttergewinde im Kesselbleche ausgebüchset werden, wenn sie diese Weite überschritten haben. Die Büchse erhält dann wieder den ursprünglich verwendeten kleinsten Durchmesser von 25 bis 26 mm.

Das bisher meist übliche Verfahren zum Ausbüchsen dieser Löcher bestand darin, daß man einen vollen Eisenpfropfen mit passendem Gewindedurchmesser gewaltsam in das auszubüchsende Loch drehte. Zu diesem Zwecke trug der Pfropfen außen ein Vierkant, das nach dem Eindrehen beseitigt werden mußte. Dann wurde der Pfropfen durchbohrt und mit Innengewinde versehen. Dieses an sich rohe Verfahren war umständlich und teuer. Der Erfolg war zweifelhaft, weil es kaum möglich ist, eine zuverlässige Dichtung des Gewindes lediglich durch strammes Einschrauben zu erzielen.

Nach einem andern Verfahren werden bereits durchbohrte Gewindebüchsen eingeschraubt, deren hinreichend festes Einpassen aber schwierig ist. Meist sitzen die Gewinde lose und sind nicht dicht. Auch brach der Bohrer beim Schneiden des Gewindes in eine solche lockere Büchse in der Regel, weil er in Folge des Drehens der Büchse, die meist nicht genau mittig zu beiden Löchern sitzt, zu starke Biegung aufzunehmen hat. Wegen starken Verbrauches an sehr teuren Gewindebohrern wird dieses Verfahren seltener benutzt. Auch vorhergehendes Aufdornen der ringförmigen Büchse mit Kegeldorn hat wenig Erfolg, weil dabei nur die äußersten Gewindgänge abgedichtet werden, die übrigen aber locker bleiben, so daß weder Abdichtung noch fester Sitz der Büchse erzielt wird.

Bei der Anwendung des Verfahrens von Zwilling auf die Gewindebüchse werden auch ringförmige Büchsen, außen mit etwa 0,2 mm zu engem Gewinde, innen mit glatter, walzenförmiger Bohrung benutzt. Diese Büchsen werden, wie die Stehbolzen von Zwilling, von Hand lose in die Kesselwand eingedreht. Darauf werden sie nach Zwilling mit walzenförmigen in Halbkugeln auslaufenden Dornen aufgedornt. Jedoch ist bei den Büchsen gegenüber den Stehbolzen eine wesentliche Vereinfachung möglich. Während nämlich bei letzteren mehrere Dorne mit 0,5 mm Unterschied der Durchmesser nacheinander

eingetrieben und wieder ausgezogen werden müssen, kann bei den Gewindebüchsen ein Dorn verwendet werden, der hinter einander alle Stufen aufweist. Beim Stehbolzen ist diese Vereinfachung nicht möglich, weil die weite, walzenförmige Bohrung

*) Organ 1921, S. 51. D. R. P. 333055.

des Kopfes in die enge des Schaftes übergeht. Bei der dünnen Gewindebüchse, die nur etwas länger, als das Kesselblech dick ist, ist das Durchtreiben eines langen Dornes möglich. (Textabb. 3).

a und b sind die innere und äußere Kesselwand. In die Wände sind die Gewindebüchsen c_1 und c_2 von Hand eingeschraubt (Textabb. 1). Die Abdichtung erfolgt durch Eintreiben des Dornes d mit dem Lufthammer h. Der Dorn besteht aus dem vordern Führstücke e, dessen Länge dem größtmöglichen Abstände der Kesselwände entspricht, ferner aus dem eigentlichen Arbeitstücke f, das sich aus mehreren walzenförmigen Stufen zusammensetzt, und dem hintern Führstücke g. Das Werkzeug i dient zum Gegenhalten. Es hat innen eine Bohrung k, in die der Dorn d eindringen kann. Zunächst wird der Dorn mit der Führung e in die Gewindebüchsen gesteckt, dann wird zunächst die vordere Büchse c_2 mit der Folge der Stufen aufgedornt. In demselben Gange wird auch die hintere Büchse c_1 getrieben ist. Die Büchsen sind dann, weil walzenförmig aufgetrieben, in allen Gewindegängen gleichmäßig abgedichtet, der Dorn wird auf der Seite, an der sich bis dahin der Gegenhalter befand, abgenommen.

Wird in dem häufigsten Falle der Auswechslung der Feuerkiste nur eine Wand ausgebücht, genügt ein kurzer,

nur aus dem stufenförmigen Mittelstücke f bestehender Dorn (Textabb. 2).

Die abgedichtete Büchse wird in bekannter Weise ausen umgebörtelt (Textabb. 3). Mit dem passenden Gewindebohrer wird dann das Innengewinde in die Büchse eingeschnitten, die dann zur Aufnahme eines neuen Stehbolzens fertig ist.

Dieses Verfahren ist zuerst in der Hauptwerkstätte Nied verwendet und hat sich seitdem in mehreren Werkstätten bewährt. Die wirtschaftlichen Vorteile des neuen Verfahrens liegen auf der Hand. Der Einbau erfolgt schneller, als bei den bisher üblichen Verfahren, der Zweck wird mit einer Mindestmenge an Stoff erreicht, die Gewindebohrer werden geschont, die Dichtheit der Büchsen in den Kesselwänden und damit eine längere Dauer der Kessel können gewährleistet werden. Dieses Verfahren gestattet Regelmäßigkeit, daher Herstellung der Büchsen in Massen, die überall gleichmäßig verwendet und auf Lager gehalten werden können.

Für die Gewindebüchsen müssen bestes, weiches und zähes Sondereisen und sorgfältig angefertigte Werkzeuge verwendet werden. Zahlreiche Versuche waren nötig, um in dieser Beziehung die erforderliche Gewähr bieten zu können. Die Gewindebüchsen und Werkzeuge werden von der Maschinenfabrik für Eisenbahn- und Bergbau-Bedarf G. m. b. H. Georgsmarienhütte bei Osnabrück geliefert.

Einheitliche Beschaffung elektrischer Bedarfgegenstände.

G. Dietrich, Bauassistent in Frankfurt/Main.

In der Zeit der Wirtschaft der Eisenbahnen mit Überschufs vor dem Kriege war die Beschaffung elektrischer Bedarfgegenstände den einzelnen Dienststellen überlassen, wobei sich oft sehr erhebliche Verschiedenheiten der Preise ergaben. Die Forderung, unter den heutigen Verhältnissen auch im Kleinen äußerster Sparsamkeit walten zu lassen, hat den Versuch einheitlicher Beschaffung für den Bezirk der Direktion veranlaßt, der bei Verdingung an den Mindestfordernden im ersten halben Jahre gegen die früheren zwanglosen Einkäufe 37,5 % Ersparnis ergeben hat.

Alle verbrauchenden Dienststellen sind angewiesen, ihren Bedarf nur bei einem Lieferer zu decken, der seinen Sitz im Bezirke hat.

Der für ein Jahr gültige Vertrag wurde mit besonderer Sorgfalt so abgefaßt, daß der Verwaltung bei der unsichern Preislage kein Verlust erwächst. Dabei konnte in den Angeboten nicht ein geschlossener Preis, sondern grundsätzlich die Trennung in Grundpreis und Teuerungszuschläge in Betracht kommen.

Die Grundpreise bleiben für die Dauer des Vertrages fest, die Teuerungszuschläge sind beweglich; für ihre Berechnung gelten die monatlich von den Fachverbänden veröffentlichten Listen. Nach Grundpreis und Liste werden die Tagespreise ermittelt. Für die Rechnungslegung gelten die Preise, die sich so am Tage der Lieferung, nicht der Bestellung ergeben.

Durch dieses Verfahren wurden die Ersparnisse von 37,5 % und eine einwandfreie Prüfbarkeit der Preise erreicht.

Der liefernde Großhändler oder Erzeuger muß Gewähr dafür bieten, daß sein Lager für jeden zu erwartenden Abruf genügt. Die Beschaffung bezieht sich allein auf Bedarf zur Erhaltung bestehender Licht- und Kraft-Anlagen; für neue Anlagen werden Lieferung und Arbeit durch Verdingung vergeben.

Im Bezirke Frankfurt/Main wurden bei 1 400 000 M Jahresumsatz rund 500 000 M erspart, was bei Einführung der Maßnahme bei allen Reichsbahnen einer monatlichen Ersparnis von mindestens 1 250 000 M entspricht.

E h r u n g.

Dem Vorstande der Betriebsabteilung der badischen Eisenbahngeneraldirektion, dem Geheimen Oberbaurate Courtin ist in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Ent-

wickelung des Lokomotivbaues von der Technischen Hochschule in Karlsruhe die Würde eines Doktor-Ingenieurs Ehren halber verliehen worden.

Mitteldeutsche Ausstellung Magdeburg 1922 für Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit G. m. b. H. „Miamia“^{*)}.

Hierzu Plan Abb. 2, Tafel 2.

Die geschäftliche Leitung der Ausstellung, deren Plan in Abb. 2 Taf. 2 mitgeteilt wird, hat Herr Direktor Bieger übernommen, die Entwürfe der Bauten stammen von Professor Dr. Mebes in Berlin und Architekt E. H. Scheibe in Magdeburg. Die Geschäftsstelle befindet sich im Hause „Zum Pflugeisen“, Breiterweg 86 I. Drahtungen gehen an die „Miamia“, der Fernruf ist 8423.

Die Abteilungen der Ausstellung betreffen:

- I. Siedlung in 6 Gruppen,
- II. Sozialfürsorge in 9 Gruppen,
- III. Arbeit
 - A) Arbeitswesen in 8 Gruppen,
 - B) Rohstoffwirtschaft in 5 Gruppen,
 - C) Verkehrswesen in 5 Gruppen,
 - D) Kommunalwirtschaft in 5 Gruppen,
 - E) Magdeburger Industrie.

IV. Sonderausstellungen

- A) die Frau,
- B) das Handwerk,
- C) Kunst und Kunstgewerbe,
- D) Dorf- und Wald-Schule.
- E) Friedhofskunst,
- F) Sport und Spiel.

Jede Gruppe wird in eine wissenschaftliche und eine gewerbliche Klasse unterteilt.

Das mit alten Bäumen bestandene und einen reizvollen See enthaltende Gelände liegt am rechten Elbufer auf dem „Roten Horn“, etwa 1 km vom Hauptbahnhofe, die Verbindung wird durch die mit der Ausstellung zu eröffnende neue „Stern“-Brücke über die Elbe hergestellt.

Die Ausstellung dauert vom 1. Juni bis 30. September 1922.

*) Organ 1921, S. 153, 186 und 282.

Bericht über die Fortschritte des Eisenbahnwesens.

Allgemeine Beschreibungen und Vorarbeiten.

Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der Frankfurter Frühjahrsmesse.

Der Reichsminister der Justiz hat am 21. Oktober 1921 verfügt, daß der durch das Gesetz vom 18. März 1904, Reichsgesetzblatt S. 141, vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auch für die in Frankfurt a. M. in der Zeit vom 2. bis 8. April 1922 stattfindende Frühjahrsmesse eintreten wird.

Blasenwage zum Einwägen von Cooke.

(Engineering 1921 I, Bd. 111, 3. Juni, S. 680, mit Abbildungen.)

Die von T. Cooke und Söhnen in York hergestellte Blasenwage hat innere Einstellung des Fernrohres, die bei unveränderlicher Entfernung zwischen Vorderlinse und Fadenkreuz durch Verschieben einer hohlen Linse im Rohre bewirkt wird. Diese sitzt in einem kurzen, im Fernrohre gleitenden, scharf passenden Rohre und kann durch Zahnstange und Trieb bewegt werden. Die annähernd gleichlaufenden Strahlen R, R' (Textabb. 1) von einem entfernten Gegenstande würden ohne die hohle Linse N durch die Vorderlinse O nach dem Punkte F, die aus einander gehenden Strahlen R', R' von einem nahen Gegenstande nach dem Punkte F' geführt werden. Die hohle Linse N vergrößert jedoch die Brennweite und bringt die Strahlen R, R' nach dem Punkte D im Fadenkreuze, die aus einander gehenden Strahlen R', R' können durch Verschieben der hohlen Linse nach N' in derselben Ebene vereinigt werden. Das Augenglas hat Schraubeneinstellung und Staubdeckel, es hat 40° Gesichtsfeld.

Abb. 1. Einstellung des Fernrohres.

Fernrohre aus gewalztem Messing oder Argentan sind schwer gerade herzustellen und zu erhalten, bei gebogenem Fernrohre wird aber die Sehlinie beim Anzielen naher Gegenstände durch das Ausziehen des Auszuges verschoben, wodurch ein bedeutender Fehler entsteht. Bei der Blasenwage von Cooke besteht das Fernrohr aus Duralumin und wird in einer genauen Drehbank aus dem Vollen gebohrt. Die hierdurch erzielte Geradheit in Verbindung mit der innern Einstellung beseitigt die erwähnte Fehlerquelle fast völlig. Eine geringe seitliche Bewegung der hohlen Linse durch Lockerheit des innern Rohres würde einen Zielfehler erzeugen,

der nur ein sechstel so groß wäre, wie der durch eine gleiche Bewegung des Auszuges eines gewöhnlichen Fernrohres.

Wenn in der Sehlinie die wagerechte Querlinie des Fadenkreuzes nicht in der Zielachse des Fernrohres liegt, wird die Sehlinie durch die Einstellung mit dem gewöhnlichen Auszuge verändert und so ein anderer Zielfehler erzeugt, der bei innerer Einstellung stark vermindert wird, da Augenglas und Fadenkreuz nicht bewegt werden. Da jedoch das Fernrohr mit innerer Einstellung nicht völlig fehlerfrei ist, so muß man bei der Verwendung der Blasenwage von Cooke als Entfernungsmesser eine feste Berichtigung einsetzen.

Genauere Ergebnisse bei Anwendung der Blasenwage von Cooke sind ferner nicht von genau senkrechter Achse abhängig. Die Blasenwage wird zuerst durch die drei Fußschrauben roh eingestellt, was durch eine Dosen-Blasenwage an der Seite des Fernrohres erleichtert wird. Die vor jeder Anzielung vorzunehmende feine Einstellung wird durch eine Feinstellschraube unter dem Fernrohre nahe dem Augenglase bewirkt. Durch Bewegungen dieser Schraube um einen Bruchteil einer Umdrehung werden Fernrohr und Hauptblasen-Rohr in senkrechter Ebene in die genaue Wagerechte gekippt, was durch die Hauptblase angezeigt wird. Das Blasenrohr ist in ein äußeres Glasrohr eingeschlossen, um es vor Wärmeänderungen zu schützen. Die Blase wird durch einen kippenden Spiegel erleuchtet, der so eingestellt werden kann, daß er das Licht aufwärts durch die Rohre zurück wirft; durch einen Satz von Dreikanten kann der Benutzer die beiden Enden der Blase vom Augenglase aus sehen. Wenn das Fernrohr nicht wagerecht steht, sieht man zwei getrennte Bilder der beiden Enden der Blase durch die Dreikante; um das Fernrohr genau wagerecht zu stellen, braucht man nur die Feinstellschraube zu drehen, bis die beiden Bilder zusammenfallen. Während dieser Verrichtung wird die Bewegung in der Wagerechten durch eine Klemme verhindert. Wenn verlangt, kann eine Schraube für feine Einstellung angebracht werden. Die Anordnung beschleunigt die Feldarbeit wesentlich, in einigen Fällen wurde ein Drittel der für die Arbeit mit einer gewöhnlichen Blasenwage nötigen Zeit erspart.

Die Blasenwage von Cooke wird in zwei Größen mit Fernrohren von 38 und 42 mm Öffnung hergestellt. Die Feinstellschraube kann mit in 2) Teile geteiltem Kopfe an festem Maßstabe versehen werden, um das Fernrohr geneigt zu stellen; fünf Drehungen des Kopfes kippen das Fernrohr in die Neigung 1:100, das Drehen des Kopfes um eine Teilung entspricht also 1:10 000. So können Neigungen bis 1:100 unmittelbar abgelesen oder abgesteckt werden. B—s.

Bahn-Unterbau, Brücken und Tunnel.

Hängebrücke über den Delaware in Philadelphia.

(Engineering News Record 1921 I, 23. Juni; Génie civil 1921 II, Band 79, Heft 9, 27. August, S. 193, beide mit Abbildungen.)

Hierzu Zeichnungen Abb. 13 und 14 auf Tafel 1.

Die geplante Hängebrücke über den Delaware zwischen Philadelphia und Camden (Abb. 13 und 14, Taf. 1) hat 533,4 m größte Spannweite und 1078 m ganze Länge. Die im Ganzen 38,25 m breite Fahrbahn trägt eine 17,35 m breite Fahrstraße für sechs Wagen und seitlich vier Eisenbahngleise, davon zwei auf den ausgekragten Enden der Querträger: zwei Fußwege sind über den inneren Eisenbahngleisen angeordnet. Die Zufahrten haben 35‰, die Zufuhrgleise der unterirdischen Stadtbahn 50‰, steilste Neigung. Die 106 m hohen eisernen Fachwerktürme sind unten 12 m, oben 3,65 m breit. Die Fahrstraße hat Holzpflaster auf Grobmörtel, die Eisenbahngleise offene liegende eiserne Querschwellen. Die Brücke hängt an zwei je 762 mm dicken stählernen Kabeln aus je 16531 je 4,87 mm dicken Drähten. Fahrbahngerippe und Türme bestehen aus Nickelstahl, die übrigen Teile der Brücke außer Kabeln und Hängestangen aus Kohlenstahl mittlerer Festigkeit. Die örtlichen Verhältnisse bedingten große Entfernung der Verankerungen von den Türmen, die Überbauten der Zufahrten hängen an den Rückkabeln, die zu diesem Zwecke fast nicht verstärkt zu werden brauchten. Das Kabel hat 60 m Pfeil. Es besteht aus 61 gleichlaufenden, durch Drähte verbundenen Strängen. An gußstählernen Sätteln, die die Kabel in 6,25 m wagerechter Teilung umfassen, sind je vier 67 mm dicke stählerne Hängekabel

für die Querträger befestigt. Die Hauptkabel ruhen mit Sätteln aus Stahlguß auf den Türmen. Die auf einer Kiesschicht ruhenden Verankerungen bestehen aus je einem 69345 cbm großen Mauerblocke. Die Brücke enthält 33 000 t Eisen.

Der Bau soll nächstens begonnen werden und wird voraussichtlich 1926 vollendet. Die Kosten mit Grunderwerb sind auf 28 871 000 Dollar veranschlagt. B—s.

Hängebrücke über den Detroit-Fluss.

(Railway Age 1921 II, Band 71, Heft 8, 20. August, S. 343, mit Abbildungen.)

Hierzu Zeichnung Abb. 15 auf Tafel 1.

Die geplante Hängebrücke über den Detroit-Fluss in Detroit (Abb. 15, Taf. 1) hat 549,54 m Spannweite und liegt 33,5 m über Wasser. Sie trägt zwei Straßbahngleise, zwei je 8,53 m breite Fahrstraßen und zwei je 2,13 m breite Fußwege auf einer obern, vier Vollbahngleise auf einer untern Fahrbahn, die auch Raum für Kabel oder Leitungen bietet. Die Vollbahn-Zufahrten haben 15‰ Neigung, die Züge sollen durch 120 t schwere elektrische Lokomotiven gefördert werden. Brücke, Zufahrten und Verbindungen erfordern ungefähr 50 km elektrisch betriebenen Gleises. Die Brücke hängt an sechs 533 mm und zwei 457 mm dicken Kabeln. Diese liegen zu je zweien in lotrechter Ebene, die Hängestangen jedes Paares sind durch Hebel verbunden, so daß jedes Kabel den richtigen Teil der Last erhält. Die Überbauten der gekrümmten Zufahrten hängen

nicht an den Rückkabeln, sondern ruhen auf 282 m langen Brücken, um die Durchbiegungen aus Verkehrslast zu vermindern. Die Brücke hat vier Versteifungsträger mit zwei Gelenken und doppeltem Fachwerke. Die 100,58 m hohen Türme bestehen aus Pendelrahmen mit je vier Pfosten mit doppeltem Kastenquerschnitt. Sie drehen sich unten auf Rollensätzen auf Kreisbahnen. Die Brückenpfeiler werden mit Preßluft ungefähr 30 m unter Wasser gegründet.

Sollten bei Beginn des Baues die zu überführenden Vollbahnen nicht vollendet sein, so kann die Brücke zunächst nur für Straßen- und Strafsenbahn-Verkehr ausgestattet werden, indem die untere Fahrbahn, die untere Kabelreihe, ein Satz von Schrägen in den versteifenden Trägern und ein Teil des Eisens in deren Gurten weglassen wird.

Die Baukosten sind auf 30 Millionen Dollar veranschlagt. Der Bau soll 1922 begonnen werden. Entwurf und Ausführung stehen unter der Leitung von C. E. Fowler, der auch Vorsitzender einer für die Brücke gebildeten Körperschaft beratender Ingenieure ist, deren übrigen vier Mitglieder in der Quelle genannt werden.

B—s.

Hängebrücke über den Hudson in Neuyork.

(Scientific American 1921, 23. April und 4. Juni; Engineer 1921 II, Bd. 132, 23. September, S. 313; Génie civil 1921 I, Bd. 78, Heft 26, 25. Juni, S. 548, alle mit Abbildungen)

Hierzu Zeichnungen Abb. 5 und 6 auf Tafel 3.

Der geplante Strafsentunnel*) unter dem Hudson zwischen Neuyork und Neujersey ist nach sorgfältiger Prüfung aufgegeben, da man ihm keinen genügenden Querschnitt für den in naher Zukunft zu erwartenden Verkehr geben zu können glaubt. G. Lindenthal hat jetzt eine Hängebrücke über den Hudson bei der 23. Straße entworfen, die den ganzen Eisenbahn- und Strafsen-Verkehr von Neuyork nach Hoboken aufnehmen könnte. Die im Ganzen 2030 m lange Brücke (Abb. 5 und 6, Taf. 3) hat eine 987,55 m weite Mittelöffnung und zwei 521,2 m weite Seitenöffnungen. Sie ist 67 m breit, die Hängeträger haben 48,77 m Mittenabstand. Die Brücke trägt zehn Hauptbahngleise für Reise- oder Güter-Verkehr auf je zwei Längsträgern unten zwischen den Querträgern mit Ausschnitten für den Durchgang der Gleise in seitlich durchbrochenen eisernen Rohren. Die obere Fahrbahn trägt zwei 4,57 m breite Fußwege an

*) Organ 1921, S. 188.

den Seiten, vier Strafsenbahngleise zu beiden Seiten der Hängestangen. Zwischen den Hängestangen liegt eine 47,25 m breite Fahrstraße.

Die ungefähr 3,2 m dicken Gurte jedes Hängeträgers bestehen aus je 80 stählernen Augenstäben in drei Reihen über einander, sie haben 18,3 m Mittenabstand und sind durch Felder derselben Breite bildende Pfosten und gekreuzte Schrägen steif verbunden. Sie sind zum Schutze gegen das Wetter von einem bronzenen Rohre mit ungefähr 4,6 m äußerem Durchmesser umgeben, das genügend Raum zum Untersuchen und Anstreichen der Stäbe läßt. Die Querträger sind 9,75 m hoch, 61 m lang. Die Unterkante der Brücke liegt an den Pfeilern 42,65 m, in der Mitte 47,25 m über Mittelwasser. Die ungefähr 236 m über Mittelwasser hohen Türme aus Eisenfachwerk sind mit Granit-Mauerwerk zum Schutze gegen das Wetter verkleidet. Sie sind unten ungefähr 61×122 m, oben $61 \times 30,5$ m groß. Sie haben eine 47 m weite, 30 m hohe mittlere Bogenöffnung für die Fahrstraße und zwei ungefähr 9 m weite für die seitlichen Gleise. Die Verankerungen der Kabel in der Erde bestehen aus 114 m breiten, 122 m langen, 67 m hohen Blöcken aus Grobmörtel oder Mauerwerk. Die Zugkraft der Gurte ist auf 260 000 t berechnet. Auf jeder Verankerung sollen zwei 86 m hohe Gebäude für verschiedene gewerbliche Zwecke errichtet werden, in deren zahlreichen Geschossen Geschäftsräume eingerichtet werden. Fahrbahn und Gurte sind so ausgebildet, daß nur 15% der Oberfläche dem Regen ausgesetzt sind.

Die Baukosten der Brücke sind auf 10 Millionen Dollar berechnet. Dazu kämen 25 Millionen Dollar für einen neuen Verschiebebahnhof und eine Wagenwerkstätte in Neujersey, 30 Millionen Dollar für einen gemeinsamen Bahnhof aller die Brücke benutzenden Hauptbahnen auf Manhattan, 30 Millionen Dollar für eine hoch liegende Stadtbahn mit zwei Gleisen über einander am Ufer des Hudson entlang ungefähr von der 58. Straße südlich nach der Fultonstraße, 25 Millionen Dollar für die elektrische Ausrüstung der ganzen Anlage, so daß diese im Ganzen 210 Millionen Dollar kosten würde. Auf dem Verschiebebahnhofe werden die Stückgüter aus den Eisenbahnwagen unmittelbar auf Lastkraftwagen geladen, die sie über die Brücke nach dem Bestimmungsorte bringen. Die neu geordneten Wagen mit Massengütern werden zu Zügen zusammengestellt und über die Brücke auf die Ufer-Hochbahn gefahren, wo sie ihre Ladungen besonderen Lagerhäusern an der Bahn, unmittelbar Dampf-schiffen an den Landestegen oder sonstigen Empfangstellen übergeben. Strom für die Zuförderung wird in Stromwerken unten in jedem Turme erzeugt. Oben auf jedem Turme wird eine Funkstelle durch die Türme verbindende Drähte errichtet.

B—s.

Bahnhöfe und deren Ausstattung.

Aschgruben und Bekohlanlage der Zentralbahn von Neujersey in Communipaw.

(Engineering 1921 II, Band 112, 15. Juli, S. 125, mit Abbildungen.)

Hierzu Zeichnungen Abb. 3 bis 5 auf Tafel 2.

Abb. 3 bis 5, Taf. 2 zeigen die beiden Aschgruben der Zentralbahn von Neujersey in Communipaw, die zum sofortigen Löschen der Asche und Niederschlagen des Staubes unter Wasser gesetzt sind; die Wärme der Asche schützt gegen Frost. Abb. 4, Taf. 2 stellt eine Hälfte der Anlage dar. Jede Grube trägt zwei ungefähr 61 m lange Gleise. Die Gruben bestehen aus bewehrtem Grobmörtel auf Pfahlgründung. Ein die Anlage überspannender Laufkran für 4 t läuft auf einem Gerüste, dessen Gittersäulen außerhalb der Lokomotivgleise stehen. Ein Gleis zwischen den beiden Gruben dient zur Aufstellung der Wagen zum Verladen der Asche mit Greifer aus der Grube. Die Spannweite des Kranes ist 30,32 m, der Mittenabstand der Gruben 17,68 m, der der Gleise über jeder Grube 7,2 m. Die Fahrbahn des Kranes liegt 7,92 m über Schienenoberkante. Jede Grube hat 9,89 m äußere Breite, die Seitenmauern sind 46 cm dick; eingelegte Schienen schützen den Boden vor Angriffen des Greifers. Eine Schiene jedes Gleises ruht unmittelbar auf der Seitenmauer, die andere auf I-Längsträgern mit Mörtelfüllung auf 61 cm dicken Pfeilern in 4,34 m Teilung. Die Kransäulen haben 6,1 m Teilung, jede der beiden Reihen besteht aus 13 Säulen, so daß der Kran ungefähr 6 m über jedes Ende der Gruben hinaus fahren kann. In der Längsrichtung läuft über jede Grube ein Fußweg auf Kragträgern mit Geländer. In den von Schienenoberkante bis Sohle 3,66 m tiefen Gruben kann viel Asche vorübergehend angesammelt werden. Mit dem Greifer für 1,25 cbm schafft ein Mann die Asche aus den Gruben. Bei dieser Anordnung können 16 Lokomotiven gleichzeitig ausschlacken,

bei durchschnittlich 30 min für eine Lokomotive können ungefähr 30 Lokomotiven in 1 st über die Grube fahren. In Notfällen können Lokomotiven durch den Greifer von Wagen auf dem mittlern Gleise bekohlt werden.

Die Bekohlanlage besteht aus einem acht Gleise überspannenden Bauwerke aus bewehrtem Grobmörtel. Jedem dieser Gleise und einem weitem an jedem Ende des Gebäudes können drei Arten von Kohle zugeführt werden. Die längs im Gebäude angeordneten Hauptbunker für im Ganzen 1675 t haben Raum für 430 t Gaskohle, 815 t Steinkohle und 430 t Anthrazit. Die Kohle wird jedem Gleise durch drei Rutschen für die drei Arten zugeführt. Das Gebäude ist 50,2 m lang, 10,36 m breit, 16,76 m hoch. Die Bunker sind 5,8 m tief, die Sohle liegt 6,7 m über Schienenoberkante. Die Kohle gelangt aus den Wagen in eine Grube ungefähr 30 m vom Ende des Gebäudes. Diese hat zwei Trichter unter Gleisen in 4,88 m Mittenabstand. Aus den Trichtern wird die Kohle durch auf und nieder gehende Ladevorrichtungen in Becherwerke geladen. Jedes der beiden gleichlaufenden Becherwerke in 2,13 m Mittenabstand hat 54,25 m Kettenlänge und trägt 59 je ungefähr 75 cm lange, 60 cm breite Becher in 90 cm Teilung. Die Becherwerke heben die Kohle auf zwei geneigte, ungefähr 75 cm breite Förderbänder, die die Kohle oben auf das Bunkergebäude bringen. Die Förderbänder liegen in einer geneigten, Trichter- und Bunker-Gebäude verbindenden Förderbrücke. Jede der beiden Einheiten der Förderanlage leistet 100 t/st, jede kann getrennt oder mit der andern betrieben werden. Entladevorrichtungen über den Bunkern können nach Wunsch in jeden der drei Bunker entladen. Von jeder von elf Notstellen kann die Anlage durch Druckknopf abgestellt werden. An den Aufstellgleisen für die Kohlenwagen ist Dampf zum Auftauen gefrorener Kohle vorgesehen.

Mit der Bekohlanlage ist eine Anlage verbunden, in der ge-

reinigter und getrockneter Sand aus der Aufbereitung mit Lager durch Preßluft nach zwei Behältern für 11,5 cbm auf dem Dache des Bunkergebäudes ungefähr 16 m über Schienenoberkante gehoben wird, von denen jedes der zehn Gleise bedient werden kann. Die Bekohl- und Besand-Anlage kann ungefähr 30 Lokomotiven in 1 st abfertigen. B—s.

Bloxonend-Fußboden.

(Railway Age 1921 II, Band 71, Heft 11, 10. September, S. 502, mit Abbildungen.)

Der Bloxonend-Fußboden*) besteht aus 5 cm dicken, 6×9 cm großen Gelbkieferblöcken, die durch Schwalbenschwanz mit einer 2,5 cm dicken Bohle zu einer 6 cm dicken, 9 cm breiten, 2 bis 2,5 m langen Einheit verbunden sind. Jede Seite der Einheit hat eine Nut zur Aufnahme eines 1 cm dicken, 2 cm breiten Spundes, so daß die Einheiten wie mit Nut und Feder zu einem Fußboden zusammengesetzt werden können. Dieser Fußboden kann unmittelbar auf Balken, Bohlenbelag oder Latten in oder auf Grobmörtel oder dergleichen verlegt werden. Er wurde mit Vorteil auf alten Fußböden verlegt. Das Holz kann roh oder nach Tränkung in offenem Behälter mit „Carbosota“ verwendet werden. Der Fußboden hat durch Hirnholz-Freilage hohen Widerstand gegen Abnutzung, die Oberfläche ist glatt, da die Blöcke nach ihrer Zusammensetzung zu einer Einheit behohelt werden. Der leicht zu verlegende Fußboden kann auch leicht aufgenommen werden, um anderswo wieder verlegt zu werden.

Eine neue Verbesserung erleichtert das Verlegen des Fußbodens als Matten-Fußboden auf Grobmörtel oder sonstiger flacher Fläche, wo Latten aus irgend einem Grunde nicht zulässig sind. In diesem Falle wird der Fußboden durch Nägel zusammengesetzt, die waagrecht in eine Nut und durch die andere getrieben werden, um die Einheit durch den Spund mit der benachbarten zu verbinden. Zu diesem Zwecke sind besondere Nägel mit plattem Schafte und Meißelschneide vorgesehen, die Einheiten werden mit den schon in

*) Railway Age 1916 II, Band 61, 20. Oktober, S. 707.

Maschinen und Wagen.

Wahrer und scheinbarer Wasserstand in Lokomotivkesseln.

(Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure, März 1921, Nr. 12, S. 301; Railway Mechanical Engineer, September, Oktober 1920. Beide Quellen mit Abbildungen.)

Hierzu Zeichnungen Abb. 16 bis 18 auf Tafel 1.

Die staatliche Verwaltungsbehörde der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten hat an einer I E 1. G-Lokomotive nach Regelbauart Versuche über den Umlauf des Wassers im Kessel gemacht. Hierzu wurden an der Feuertürwand verschiedene Gläser und Hähne für den Wasserstand angebracht, darunter auch vier Prüflähne (Abb. 16, Taf. 1), deren Entnahmerohr beliebig tief in den Kessel eingeschoben werden konnte. Ferner wurde der Kessel einer Verschiebelokomotive nach Abb. 17 und 18, Taf. 1 mit Schaugläsern versehen und im Innern elektrisch beleuchtet. Der durch den Regler entnommene Dampf wurde zum Blasrohre geführt, so daß die Erzeugung beliebig geregelt werden konnte. Bei den Versuchen war schon bei geschlossenem Regler einige Bewegung des Wassers von hinten nach vorn und von den Seiten nach der Mitte der Feuerbüchse bemerkbar. Beim Anlüften eines Sicherheitventiles quoll das Wasser an der Seitenwand 25 bis 50 mm hoch empor und die Wasserbewegung verstärkte sich erheblich. Beim Öffnen des Reglers hob sich der ganze Wasserstand um 25 bis 50 mm je nach Anstrengung und Reinheit des Speisewassers und wurde so im Glase angezeigt. Dies erklärt sich aus der Vergrößerung des Wasserinhaltes durch die Dampfblasen, die 6 bis 10 mm Durchmesser hatten, sehr schnell stiegen und an der Oberfläche platzten. An den Seitenwänden der Feuerbüchse wird das Wasser hierdurch stark zum Schäumen gebracht und

teilweise durch die Streifen gebohrten Löchern sitzenden Nägeln geliefert, so daß die Arbeit des Durchtreibens stark vermindert ist.

Der Fußboden wurde vor 4,5 Jahren in der Dreherei der Detroit- und Toledo-Uferbahn in Lang, im Juli 1918 in der Werkstätte der Philadelphia- und Reading-Bahn in Rutherford, Pennsylvania, verlegt. Er liegt ferner in Güterschuppen verschiedener Bahnen. Auf den mit ihm belegten Ladebühnen, Brücken und Stollen des Werkes von Armour u. G. in Süd-St. Paul, Minnesota, ist er stark wechselndem Wärmestande, Regen und Schnee ohne große Beschädigung ausgesetzt gewesen. Die Chicago-, Milwaukee- und St. Paul-Bahn verwendet ihn seit drei Jahren ohne Beschädigung in Gepäck- und Bestätterungs-Wagen, sie will ihn demnächst auch in Postwagen verwenden. Er wird durch die „Carter Bloxonend Flooring“-Gesellschaft in Chicago vertrieben. B—s.

Elektrischer Ofen.

(Schweizerische Bauzeitung, März 1921, Nr. 10, S. 107. Mit Abbildung.)
Hierzu Zeichnung Abb. 7 auf Tafel 3.

Von Söderberg stammt eine neuartige, im Schmelzbade sich selbst erneuernde Elektrode für elektrisch betriebene Schmelzöfen, die in Norwegen und neuerdings auf einem nordamerikanischen Hüttenwerk erprobt ist. Nach Abb. 7, Taf. 3 besteht die Söderberg-Elektrode aus einer dünnen Metallhülse H, die mit demselben teigartigen Gemenge E gefüllt wird. Sie wird über dem Ofen mit Klammern aufgehängt und durch einen Staubmantel M geschützt. Die Hülse endet in einer über dem Ofen liegenden Kammer R, in der der Teig nachgefüllt und gestampft wird. Der untere Teil der Elektrode wird durch die Hitze der Abgase und des eigenen Widerstandes gebacken. Dieser feste Kern reicht bis zur Klammer K. Darüber ist die Elektrode weich und der Teig schützt als schlechter Wärmeleiter gegen die nach oben steigende Hitze. Ist die Elektrode unten abgebrannt, so wird die Klammer K gelöst und die Elektrode gleitet mit der Hülse H nach unten, letztere verbrennt. Ihrer Abnutzung entsprechend wird nach oben verlängert und nachgefüllt. Mit der Söderberg-Elektrode ist daher ununterbrochener Betrieb möglich. Der Strom wird durch die Klammer L zugeführt. A. Z.

dieser Schaum wird durch die Prüflähne als Wasser gemeldet. Die Benutzung dieser Hähne führt also zu falschen Schlüssen über den Wasserstand, solange dem Kessel Dampf entnommen wird. A. Z.

Elektrischer Lastkraftwagen.

(Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure, Februar 1921, Nr. 7, S. 181. Mit Abbildungen.)

Hierzu Zeichnungen Abb. 6 bis 9 auf Tafel 2.

Bei den hohen Preisen für flüssige Heizstoffe und der geringen Aussicht auf Verbilligung ist der Betrieb elektrischer Kraftwagen jetzt verhältnismäßig günstig. Zu den bekannten Vorzügen bei Bedienung und Führung des elektrischen Kraftwagens kommt, daß der Speicher nachts aufgeladen werden kann, so daß der Strom in der Regel leicht und vergleichsweise billig zu haben ist. Elektrische Lastkraftwagen eignen sich vornehmlich für den Fuhrwerkdienst der Städte, aber auch für andere, namentlich behördliche Großabnehmer, wie die Post. Sie sind wegen der Einfachheit des Aufbaues nur aus Rahmen, Speicher, Fahrschaltern und Triebmaschinen mehr als jede andere Bauart zur Vereinheitlichung und damit für billige Herstellung geeignet. Neuerdings wird der bisherige Antrieb mit zwei Triebmaschinen und Zahnradvorgelegen durch den billigeren mit einer Maschine und Getriebe ersetzt, wobei auch das Geräusch der Kraftübertragung wesentlich gemildert wird. Die Hansa-Lloyd-Werke in Bremen bauen einen Einheitswagen nach Abb. 6 bis 9, Taf. 2, bei dem der ganze Antrieb in den vordern Drehschemel verlegt ist. Der Speicher hat 2×40 Zellen von 250 bis 300 Ast Leistung, die unter einer Haube leicht zugänglich untergebracht sind. Die Hauptstrommaschine arbeitet mit 80 V, $n = 880$ und leistet 9 bis 14 PS. Von der Querscheibe des Ausgleichgetriebes gehen Ketten auf die Vorderräder. Zum Lenken dient ein über den obern Kranz des Drehschemels gelegter Kettentrieb. Diese Bauart eignet sich besonders zur Reihenherstellung, da sie den Antrieb von der Gestaltung des hintern Rahmenteiles und dessen Aufbauten unabhängig macht. A. Z.

B-Grubenlokomotive für Prefsluftbetrieb.

(Génie civil, April 1921, Nr. 15, S. 312. Mit Abbildung.)

Hierzu Zeichnungen Abb. 2 bis 4 auf Tafel 3.

Von M. Leroux stammt eine mit dreistufiger Dehnung arbeitende Grubenlokomotive für Prefsluft, die beim Bremsen Prefsluft zurückgewinnt und dadurch die deutschen und amerikanischen Bauarten mit mehrfacher Dehnung erheblich übertreffen soll. Der Aufbau geht aus Abb. 2 bis 4, Taf. 3 hervor. Der Vorrat an Prefsluft von 150 at wird in fünf Behältern untergebracht und reicht für 6,3 km. Die stehende Triebmaschine an der einen Stirnwand der Behälter hat zwei Zylinder, von denen der für Hochdruck in zwei Stufen unterteilt ist. Der Kolben ist hier sehr lang geführt, so daß Kreuzkopf und Stopfbüchsen entbehrlich sind. Die Triebstange greift unmittelbar an der gekrüppelten Welle an, die mit Außenkurbeln und Schubstangen auf die gekuppelten Achsen arbeitet. Zur Steuerung dienen Kolbenschieber. Die Maschine leistet etwa 20 PS und gibt der Lokomotive 440 kg Zugkraft, womit ein Zug von 27 t bis zu 15 km/st befördert werden kann. Zum Bremsen wird die Triebmaschine als Prefspumpe umgestellt. Sie fördert dann durch die als Aufnehmer zwischen die Zylinder geschalteten Röhrenvorwärmer B in die Hauptbehälter C. Der Gegendruck steigt dabei bis 710 kg und bringt den voll belasteten Zug auf 40 m zum Stehen. Die hierbei abgegebene Wärme kommt der Arbeitluft durch Erhöhung ihrer Spannung zu Gute. Der Gewinn an Leistung beträgt bis zu 50%. Zum Anfahren führt ein besonderes Ventil F den Zylindern für Mittel- und Nieder-Druck unmittelbar Prefsluft zu. A. Z.

Versuche an einer 2 C 1-Lokomotive mit Hülftreibgestell.

(Railway Age, Oktober 1920, Nr. 17, S. 699. Mit Abbildungen.)

Die Newjork-Zentral-Bahn hat mit einer 2 C 1-Lokomotive, deren hintere Achse als Dampftriebgestell mit zwei Zylindern ausgestaltet ist, Versuche angestellt, die Aufschlüsse über Wirkung und Leistungen dieses Hülftriebes geben sollten. Die Versuchsfahrten wurden mit 1620 bis 2470 t Last in bergigem Gelände vorgenommen, ein Mefswagen zeichnete die wichtigsten Schaulinien auf. Als Ergebnis wird folgendes angeführt. Der Hülftrieb, „booster“, gestattet erhebliche Vergrößerung der Zugleistung und verkürzt die Anfahrzeit bis zu 50%. Da die Triebräder nicht mehr schleudern, werden Schiene und Radreifen geschont; das sanfte Anfahren schont die Fahrzeuge überhaupt. Die Mitarbeit des Triebgestelles auf geneigten Strecken erhöht die Fahrgeschwindigkeit. Das Anstellen ist bei Geschwindigkeiten unter 20 km/st stets sofort möglich. Verkehrsstörungen können durch Steigerung der Leistung bei Benutzung dieser Triebgestelle leicht beseitigt werden. Diese Leistungen werden erreicht ohne Mehrverbrauch, ja unter Ersparnis an Kohle, da die Fahrzeit verkürzt werden kann, ferner ohne Mehrarbeit der Lokomotivmannschaft. Die Leistung kommt beim Anfahren einem Paare Triebachsen gleich, ohne daß das erhebliche Mehrgewicht einer zweiten Lokomotive mitgeschleppt werden müßte, die nach dem Anfahren oder auf ebener Strecke überhaupt entbehrlich ist. Das Hülfgestell ermöglicht auch bei schwerem Wetter Hereinbringen der Regelzüge, es gleicht den Unterschied zwischen erfahrener und weniger geübter Mannschaft aus. Durchschnittlich ist der Zusatzantrieb auf weniger als 10% der Streckenlänge in Anwendung gekommen, er hat nur geringer Wartung bedurft. A. Z.

Kraftwagen für Eisenbahndienst.

(Railway Age, September 1920, Nr. 12, S. 490. Mit Abbildung.)

Die Quelle berichtet über die Entwicklung der peruanischen Südbahn und zeigt im Lichtbilde zwei gedeckte Kraftwagen gewöhnlicher Bauart für Reisezwecke, die mit Rädern zum Verkehre auf Schienen eingerichtet sind und sich auf den Bergstrecken dieser Bahn bewährt haben. Mit Rücksicht auf die steilen Neigungen sind alle vier Räder gebremst. Ein Wagen hat bereits über 64000 km zurückgelegt. A. Z.

In Schneekehrer umgeänderte amerikanische Strafsenbahnwagen.
(Electric Railway Journal; Génie civil 1921 I, Bd. 78, Heft 25, 18. Juni, S. 535, beide mit Abbildungen.)

Hierzu Zeichnungen Abb. 8 und 9 auf Tafel 3.

Wegen der starken Schneefälle in den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Strafsenbahnen eine Anzahl von Schnee-pflügen und -kehrer. Ersterer werden für Schneefälle über 30 cm für fast unentbehrlich gehalten. Die Schneekehrer fahren auf den

Gleisen hinter den Pflügen her, sie genügen, wenn der Schnee nicht plötzlich zu stark fällt, so daß man sie früh genug fahren lassen kann. Die Connecticut-Strafsenbahn-Gesellschaft hat Strafsenbahnwagen verlassener Bauart für Fahrgäste in Schneekehrer umgebaut. Um Platz für die Kehrwalzen zu schaffen, mußte der Wagenkasten um mehr, als 25 cm gehoben werden. Der übermäßige ganze Achsstand ist von 7,6 auf 5,9 m vermindert. Da der erhöhte Kasten nicht mehr unter den Brücken hindurch gegangen wäre, wurde der Aufbau entfernt. Verstärkungsbalken und Querhölzer haben dann ermöglicht, jedes Ende des Wagenkastens nach Abb. 8 und 9, Taf. 3 zu belasten. Unter 45° zur Längsachse des Wagens ist an jedem Ende eine Kehrwalzen A und B tragende Welle mit Steuerstangen und Kegelrad-Vorgelege angebracht. Die Triebmaschine C jedes Wagens für 40 PS ist im Wagenkasten selbst aufgestellt, ein am Ende der Welle befestigtes Kegelrad treibt ein entsprechendes, das in passender Höhe auf eine lotrechte Zwischenwelle gekeilt ist, die durch Getriebe die eine und die andere der auf der schrägen Welle sitzenden Kehrwalzen aus Rotang treibt. Die Schmiervorrichtungen sind beibehalten. Die Triebmaschine wird mit dem gewöhnlichen Steuerschalter gesteuert, der Reglerwiderstand besteht aus Kohlenzellen in Rohren aus Gummi unter Verwendung alter Bürstenkohlen. Die Kehrwalzen A und B drehen sich mit derselben Geschwindigkeit, wie die Triebmaschine mit gewöhnlich 350 Umläufen in 1 min. B—s.

D 1. IV. t. F- und E. IV. T. F-Reibung- und Zahn-Lokomotive der Staatsbahnen der Westküste von Sumatra.

(Schweizerische Bauzeitung 1921, August, Band 78, Nr. 7, Seite 75. Mit Abbildungen.)

Die Eisenbahnen der Westküste von Sumatra haben 1067 mm Spur und Zahnstange von Rigenbach mit 109,3 mm Teilung. Die Reibungsbahn hat in der Richtung nach den Kohlenfeldern 12 bis 30‰ Steigung, in umgekehrter 6 bis 18‰, die gemischte Bahn auf der Reibungstrecke 23‰, in der Zahnstange 51 bis 68‰. 36 km haben Zahnstange, der kleinste Bogenhalbmesser ist 150 m. Von der D 1-Lokomotive (Textabb. 1) wurden drei beschafft, zwei lieferte die Maschinenbauanstalt Eßlingen, eine Winterthur. Von der E-Lokomotive (Textabb. 2) wurden neun von Winterthur und sechs von Eßlingen geliefert. Die D 1-Lokomotive hat einen Rauchverbrenner von Langer nach der Bauart der schweizerischen Bundesbahnen. Der Dampf gelangt durch einen Wasserabscheider in den Dom und durch einen Schieberregler in die Zylinder. Die Feuer-Kipptür hat wagerechte Achse, für den Aschkasten und die Rauchkammer ist Einspritzung von Wasser vorgesehen, das der Druckleitung der Dampfstrahlpumpe entnommen wird. Die Dampfverteilung erfolgt durch Kolbenschieber und Heusinger-Steuerung, die Kolben der Hochdruckzylinder treiben die dritte Achse. Die beiden Zylinder einer Seite, und zwar der unten liegende Hochdruck- und der darüber liegende Niederdruck-Zylinder bilden ein Gutsstück, beide Zylinderpaare sind in Lokomotivmitte verschraubt. Die hintere Kuppelachse ist mit der Laufachse zu einem Drehgestelle der Bauart Krauß vereinigt, die Kuppelachse hat nach jeder Seite 15, die Laufachse 83 mm Spiel, der Drehzapfen 40 mm, zur Rückstellung dienen Blattfedern. Die Federn der ersten und zweiten Achse und die der letzten Kuppel- und der Lauf-Achse sind durch Ausgleichhebel verbunden. Das Triebzahnrad liegt zwischen der zweiten und dritten Achse und wird durch doppelte Zahnradübersetzung mit geraden Zähnen von den Kolben der Niederdruckzylinder angetrieben. Eine nur von Hand zu bedienende Reibbremse von Exter wirkt mit je einem Bremsklotzpaare von hinten auf die drei vorderen Achsen, die ebenfalls vom Heizer bediente Triebzahnradbremse mit bronzefütterten Bändern auf die beiden als Bremscheiben ausgeführten Kurbeln der Zahnrad-Kurbelachse; auf das Bremszahnrad wirkt eine vierklotzige Bremse. Als Fahrbremse dient auf Zahn und glatten Strecken die Gegendruck-Bremse. Eine Schienenspritze liefert Wasser vor die erste und hinter die letzte Triebachse, ein Dampfsandstreuer streut Sand vor die zweite und dritte Triebachse. Zur Kes elspeisung dienen zwei nichtsaugende Dampfstrahlpumpen von Friedmann. Lokomotiven dieser Bauart befördern 180 t auf Zahnstrecken mit 50‰ Steigung mit 10 bis 12, auf der Reibstrecke mit 20 bis 25 km/st. Bei Beförderung von 360 t Wagengewicht läuft eine Lokomotive in der Mitte, eine zweite am untern Ende des Zuges

Von den E-Lokomotiven sind drei mit dem Speisewasser-Vorwärmer von Caille-Potoné, zwei dieser Lokomotiven außerdem mit einem „Titan“-Kipproste nach der Bauart der ungarischen

Staatsbahnen versehen. Der Kessel ist dem der 1 D-Lokomotive gleich, er besteht aus zwei Schüssen und hat kupferne Feuerbüchse mit Feuerschirm, die Heizrohre haben kupferne Stützen. Die Rauchröhren des Überhitzers von Schmidt sind in drei Reihen zu je sechs angeordnet. In den untern Teil der Rauchkammer ist ein Aschenfallrohr eingebaut, das von außen rechts mit Hebel bedient wird. Vorn ist der Kessel auf den Zahnradzylindern, in der Mitte über der dritten Achse auf einem Pendelbleche und seitlich unter dem Stehkessel auf Stützen am Rahmen gelagert. Als Wärmeschutz des Kessels

dienen Platten aus Weilsasbest. Besondere Stützen an der Hinterseite des Domes nehmen zwei 76 mm weite Sicherheitventile von Coale auf.

Die erste und die fünfte Achse haben nach jeder Seite 22 mm Spiel, ihre Kuppelzapfen sind als Kugelzapfen ausgebildet, die Achslager haben Nachstellung durch Keile. Alle Tragfedern liegen über den Achsen, die erste und zweite, dann die dritte, vierte und fünfte Achse sind durch Ausgleichhebel verbunden. Die Räder der Übersetzung 1:2.033 haben am rechten und linken Rade gegengleich

Abb. 1. D 1. IV. t. $\bar{\Gamma}$ -Reibung- und Zahn-Lokomotive.

Abb. 2. E. IV. T. $\bar{\Gamma}$ -Reibung- und Zahn-Lokomotive.

gestellte Schraubenzähne. Die Steuerungen nach Heusinger liegen außen, zum Umsteuern dient eine für beide Triebwerk-Gestelle gemeinsame Steuerschraube. Die Hochdruckzylinder liegen unten und sind einzeln, die Niederdruckzylinder in einem Stücke gegossen; sie dienen als Rahmenversteifung und als vorderes festes Auflager des Kessels. In die Ausströmungen aller Zylinder ist für Fahrt mit der Gegendruckbremse eine Wassereinspritzung eingebaut. Die Schlammhähne werden durch eine „Servo“-Triebmaschine bedient, ebenso das Luftventil in der Ausströmung und die Drehschieber zum Einstellen der Lokomotive auf Reibbetrieb mit Zwilling-, oder gemischten Betrieb mit Doppelverbund-Wirkung. Eine Reibbremse wirkt mit je einem

Klotzpaare auf die zweite, dritte und vierte Achse, eine vom Heizer bediente Bandbremse auf die Zahnkurbelachse, außerdem ist eine Saugbremse von Hardy vorgesehen. Die Wasserkästen liegen rechts und links vom Kessel, die Deckel ihrer Füllöffnungen werden vom Führerstande aus bedient, an der Außenseite des rechten Kastens befindet sich ein Wasserstandzeiger. Der Kohlenkasten liegt hinten, vor ihm liegen rechts und links Werkzeugkästen, deren verschließbare Deckel als Sitze für Führer und Heizer dienen. Das Führerhaus hat Doppeldach mit Lüftaufbau, sein Boden besteht aus Teakholz. Zu der Ausrüstung gehören ein Rauchverbrenner von Marcotty, zwei Wasserstandzeiger von Klinger, zwei nichtsaugende Dampf-

strahlpumpen von Friedmann, zwei Schmierpumpen von Bosch, ein Dampfsandstreuer von Gresham und Craven und ein Geschwindigkeitmesser von Haufshälter. Die Lokomotiven mit Vorwärmer Caille-Potonié und Doppelspeisepumpe haben nur eine Dampfstrahlpumpe. Der Vorwärmer hat 26t Röhren von 16/18 mm Durchmesser, durch die der Dampf strömt, und 10,8 qm Heizfläche. Die Doppelpumpe ist rechts unter dem Führerstande angebracht, der Vorwärmer auf der linken Seite. Die Schmiervorrichtung für die Speisepumpe wird von dieser selbst durch Druckwasser betätigt. Lokomotiven dieser Art befördern 200 t Wagenlast auf 50 0/0 Steigung mit 10 km/st.

Die Hauptverhältnisse sind:

	D1.IV.t.⌘	E.IV.T.⌘
Durchmesser der Zylinder, Reibung d . mm	450	450
„ „ „ Zahn d ₁ . „	450	450
Kolbenhub h mm	480	520
Kesselüberdruck at	14	14
Durchmesser des Kessels mm	1230	1230
Kesselmitte über Schienenoberkante . „	2240	2400
Heizrohre, Anzahl	175	64
„ „ Durchmesser mm	40/45	40/45
„ „ Länge „	3900	3900
Rauchrohre, Anzahl	—	18
„ „ Durchmesser mm	—	125/133
Überhitzerrohre, Durchmesser . . . „	—	32/39
Heizfläche der Feuerbüchse, wasserberührt qm	6,75	7,06

D1.IV.t.⌘ E.IV.T.⌘

Heizfläche der Heizrohre, wasserberührt qm	96,50	64,50
Heizfläche des Überhitzers „	—	30,8
„ im Ganzen H „	103,25	102,36
Rostfläche R „	1,85	1,85
Durchmesser der Triebräder D . . mm	1000	1000
„ „ Laufräder „	667	—
„ des Teilkreises der Triebzahnäder D „	975	975
Triebachslast G ₁ t	—	51,98
Betriebsgewicht G t	49,96	51,98
Leergewicht t	38,54	41,92
Wasservorrat cbm	6	5
Kohlenvorrat t	1,2	1,2
Fester Achsstand mm	2650	2840
Ganzer „ „	6400	5000
Zugkraft der Reibungsmaschine		
Z = a . p . (d ^{cm}) ² h : D = kg	6804	11057
	für a = 0,5	für a = 0,75
Verhältnis H : R =	55,8	55,8
„ H : G ₁ = qm/t	—	1,97
„ H : G = „	2,07	1,97
„ Z : H = kg/qm	65,9	108
„ Z : G ₁ = kg/t	—	210,1
„ Z : G = „	136,2	210,1
		--k.

Besondere Eisenbahnarten.

Feld-Seilbahnen.

Regierungsbaumeister a. D. W. Wurl erörterte in der „Deutschen maschinentechnischen Gesellschaft“ den Bereich der Verwendbarkeit, die Bauarten und die Leistungen der Feld-Seilbahnen während des Weltkrieges, die er als Hauptmann an leitender Stelle bei der Inspektion der Eisenbahntruppen zu verfolgen Gelegenheit hatte*).

Die leichten Seilbahnen der deutschen Heeresverwaltung waren Einseilbahnen für Einzellasten von 100 bis 150 kg mit Längen bis 2,5 km. Sie waren mit einer Anzahl von Stützen und Gehängen für die verschiedensten Gegenstände in der vordersten Linie so eingerichtet, daß mit Triebmaschinen für 30 oder 45 PS Lasten auf 100 bis 600 m Höhe gefördert werden konnten. Bei 300 m mittlern Höhenunterschiedes zwischen den Enden betrug die Leistung etwa 10 t/st.

An den Lieferungen für diese Bahnen waren die deutschen Sonderwerke dieses Gebietes Bleichert und Co. in Leipzig, Pohlig in Köln und Heckel in Saarbrücken beteiligt.

*) Ausführlich in Glasers Annalen.

Nachrichten über Aenderungen im Bestande der Oberbeamten der Vereinsverwaltungen.

Reichsbahnen, Zweigstelle Bayern.

Versetzt: Die Oberregierungsbauräte Eberle in Nürnberg an die Eisenbahndirektion Regensburg und Zeis in

Reichsverkehrsministerium.

Ernannt: Oberregierungsbaurat Dr.-Ing. Tecklenburg zum Ministerialrat.

Ludwigshafen (Rhein) an die Eisenbahndirektion München.

Ernannt: Die Regierungsbauräte Weihs in Nürnberg und Kull in Augsburg zu Oberregierungsbauräten.

--k.

Bücherbesprechungen.

Die Notlage der deutschen Kleinbahnen und Privateisenbahnen und Mittel zu ihrer Behebung. Von Dr. K. Trautwetter, Berlin, J. Springer, 1921. Preis 15 M.

Das 59 Achtelseiten starke Heft bringt eine durchaus sachliche und ungeschminkte Darstellung der trüben Lage, in der sich die Klein- und Eigen-Bahnen heute fast ohne Ausnahme befinden, und erwägt die Mittel zur Erleichterung. Gerade die Aufzählung dieser Mittel zeigt, daß wesentliche Gründe des Niederganges auch schon in den Maßnahmen der Zeit vor dem Kriege liegen, deren Wirkung dann freilich durch den Krieg teilweise verstärkt, teilweise erst ausgelöst ist. Fast alle aufgeführten Mittel gehören in den Bereich der „frommen Wünsche“ und versprechen auf diesem Gebiete, so lange die heutigen Verhältnisse bestehen, ebenso wenig Erfolg, wie auf vielen anderen, für die sie gleichfalls vorgeschlagen werden.

Der wirksamste Grund der Schwierigkeiten liegt unseres Erachtens darin, daß die Leistung der Kleinbahnen dem durch sie bedingten Aufwande nicht entsprechen kann; man hätte die in die Klein- und Neben-Bahnen gesteckten Mittel rechtzeitig schon vor Jahrzehnten zur Verstärkung der Landstraßen und zur Entwicklung langsamer starker Lastkraftwagen verwenden sollen*).

Aber auch so bleibt es eine verdienstliche Tat, die Lage dieser Verkehrsmittel, die nun einmal in beträchtlicher Ausdehnung geschaffen sind, rückhaltlos aufzudecken. Wir empfehlen die Kenntnisnahme allen Beteiligten, namentlich auch den das Gebiet des Verkehrs bearbeitenden Wirtschaftlern.

*) Barkhausen, Landstraßen und Lastkraftwagen. Der Straßenbau 1921.